

Politischer Jahresbericht

Länderbüro Russland, 2005/2006



Moskau

Länderbüro Russland, Juli 2005-Juli 2006

Jens Siegert

Heinrich-Böll-Stiftung
Länderbüro Russland
Leitung: Jens Siegert
Grusinskij per. 3-231
123056 Moskau
Tel: +7-095-254 14 53
Fax: +7-095-935 80 14
E-Mail: siegert@boell.ru
Homepage: www.boell.ru

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Das System Putin - „Komparativer Autoritarismus“ oder „Autoritärer Populismus“.....	3
2. Im Schlagschatten der Wahlen.....	4
3. Kontrollierte Zivilgesellschaft.....	9
4. Tschetschenien/Nordkaukasus.....	10
5. Jugendorganisationen – ein Querschnittsportrait.....	12
6. Identitätssuche und Demonstrationsfreiheit.....	15
7. Zurück auf der Weltbühne – neue russische Außenpolitik.....	17

Zusammenfassung

Russland ist auch fünfzehn Jahre nach dem Ende der Sowjetunion keine konsolidierte Demokratie. Die große Freiheit der Jelzin-Jahre war vor allem der Zerstörung und Delegitimierung der alten politischen Strukturen zu verdanken. Sie wurde allerdings von großen Teilen der Bevölkerung, vor allem den wirtschaftlichen und politischen Verlierern der Wende, als Unordnung, Erniedrigung und Verlust von Stabilität verstanden. So entstand im Rückblick vor allem für Beobachter von außerhalb, aber auch für viele Analytiker und politisch Handelnde in Russland ein „Anschein von Demokratie“. Die neu geschaffenen, formal einem demokratischen System genügenden politischen Strukturen und Institutionen errangen aber in den Augen einer großen Bevölkerungsmehrheit kaum Legitimation. Diese fehlende Legitimation ist die Basis, von der aus in den ersten sechs Jahren der Präsidentschaft Putins dieser „Anschein von Demokratie“ durch einen „Anschein von Lenkung“, die vielbeschworene, inzwischen schon wieder ein wenig unmoderne „gelenkte Demokratie“, abgelöst werden konnte.

Doch auch der „gelenkten Demokratie“ fehlt es an Akzeptanz. Die politische Klasse Russlands wird vom Rest der Gesellschaft nicht als ihre legitime Vertreterin anerkannt. Kein Verfassungsorgan, mit der einzigen, wenn auch bedeutenden Ausnahme Präsident Putins, erhält in Umfragen mehr als 25 bis 30 Prozent Zustimmung. Außer kleinen Randgruppen hält die politische Klasse zumindest verbal an dem Ziel fest, aus Russland einen demokratischen Staat zu machen. Erklärtes oberstes Ziel dieses state building ist ein mächtiges, geachtetes Land, das seine Bürger vor äußeren und inneren Gefahren schützen kann und für soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität sorgt. Das kann nur gelingen, wenn ein wesentlicher Teil der Bevölkerung dafür gewonnen werden kann, das aktuelle politische System als legitim anzuerkennen. Erst die von beiden Seiten anerkannte Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Bevölkerung und Führungseliten führen zu einem erfolgreichen state building.

Die autoritären Tendenzen der russischen Innenpolitik sind inzwischen offensichtlich. Die Re-Konstruktion eines handlungsfähigen russischen Zentralstaates hat ein zunehmend nach Innen und Außen repressives Feudalregime hervorgebracht. Die demokratischen Rechte im Land werden, teils systematisch, teil als Reaktion auf politische Ereignisse, immer weiter eingeschränkt. Nach nun schon über sechs Jahren Präsidentschaft Putin darf man davon ausgehen, dass diese Entwicklung nicht zufällig ist. Putins Politik, die in weiten Teilen Züge einer „Reaktion“ auf die „Revolution“ der Perestroika und der 90er Jahre hat, droht in eine „Restauration“ überzugehen. Dabei wird die angebliche Notwendigkeit dieser Entwicklung von Vertretern der russischen Staatsführung und ihren Protagonisten mit besorgniserregenden Tendenzen begründet, die sie selbst erst mit hervorgebracht und gefördert hat: mit dem starken Ansteigen nationalistischer und xenophober Stimmungen in der Bevölkerung, die sich nicht nur gegen „anders Aussehende“, sondern zunehmend auch gegen „anders“ Glaubende oder sich „anders“ Verhaltende richtet. Die russische Staatsführung ist hier Biedermann und Brandstifter zugleich.

Der Abbau demokratischer Rechte geht derweil munter weiter. Mit Blick auf die Wahlen zur Staatsduma (Ende 2007) und die Präsidentschaftswahlen (Frühjahr 2008) wurde das Parteiengesetz erneut verschärft. Listenverbindungen sind künftig verboten. Es gilt eine 7-Prozent-Hürde. Neugründungen von Parteien sind dank hoher bürokratischer Hürden praktisch unmöglich geworden. Weitere Verschärfungen wie das gesetzliche Verbot von Doppelmitgliedschaften und der Kandidatur von Mitgliedern einer Partei auf der Liste einer anderen sind angekündigt. Die ohnehin schwierige Einigung liberaler Parteien (Jabloko, Union der Rechten Kräfte, Republikanische Partei/Wladimir Ryschkow, Grünes Russland, Soldatenmütter-Partei) wird dadurch zusätzlich erschwert, die Rückkehr einer demokratischen Kraft ins Parlament unwahrscheinlicher.

Das neue, im vergangenen Winter verabschiedete NGO-Gesetz wird deren Handlungsfreiheit weiter einschränken. Das hat weniger etwas mit dort festgelegten neuen Instrumentarien zu tun als mit der merklich höheren Aufmerksamkeit staatlicher Stellen wie Justiz-, Steuer- und Registrierungsbehörden den NGOs gegenüber. Das NGO-Gesetz fasst im Wesentlichen schon vorher existierende Instrumente staatlicher Kontrolle von NGO-Handeln zusammen. Die Verabschiedung und Diskussion über die Rolle von NGOs bilden zusammen mit zahlreichen kritischen Äußerungen führender Politiker von Präsident Putin abwärts in den vergangenen Jahren aber den Hintergrund, vor dem inzwischen auf vielen staatlichen Ebenen NGOs als potentielle Gefahr angesehen werden. Die Folge sind sich häufende Verwarnungen und Schließungsverfügungen durch die Justizbehörden, die bisher aber meist abgewehrt werden konnten. Das NGO-Gesetz wird zu einem wesentlich erhöhten administrativen Mehraufwand führen, der vor allem von kleinen NGOs kaum zu bewältigen sein wird. Außerdem geben verschwommene Gesetzesformulierungen staatlichen Stellen geeignete Instrumente zum selektiven Vorgehen gegen missliebige NGOs an die Hand.

Völlig neu ist der im Gesetz geregelte direkte Zugriff auf die in Russland registrierten Vertretungen ausländischer NGOs und Geberorganisationen, zu denen auch die Heinrich-Böll-Stiftung gehört. Neben ausführlichen Sach- und Finanzberichten wird von ihnen künftig die Vorlage von Jahresplanungen verlangt, die später nur noch nach vorhergehender Information der Registrierungsbehörden geändert werden dürfen. Zwar legt das Gesetz im Prinzip nur eine Informationspflicht fest. Russische Rechtspraxis zeigt aber, dass solche Bestimmungen in der Praxis schnell in eine faktische Genehmigungspflicht münden. Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist das vor zwei Jahren verschärfte Demonstrationsrecht. Immer öfter werden Demonstrationen, die lediglich angemeldet werden müssen, aus fadenscheinigen Gründen nicht gestattet. Die Moskauer Innenstadt wurde so bereits zur praktisch von oppositionellen Demonstrationen freien Zone.

Des Weiteren wird die sowieso schon zahlreichen Einschränkungen unterworfenen Pressefreiheit immer weiter beschnitten. Während das Internet bisher von direkter Zensur verschont bleibt, werden immer mehr Zeitungen und Zeitschriften von dem Kreml nahe stehenden Unternehmen aufgekauft; führend ist hier die Holding Gasprom-Media.

1. Das System Putin - „Komparativer Autoritarismus“ oder „Autoritärer Populismus“

Präsident Wladimir Putin ist Anfang 2000 angetreten, die so genannte „Machtvertikale“ zu stärken, um einerseits den zentrifugalen und desintegrativen Tendenzen im Land entgegen zu steuern und andererseits einer „Diktatur des Gesetzes“ zum Durchbruch zu verhelfen. Nur so, in kontrollierter Weise und als starker Zentralstaat könne sich ein so großes und in demokratischen Regeln so unerfahrenes Land wie Russland in Richtung einer demokratischen Gesellschaft entwickeln. Die Konsolidierungsziele wurden in der ersten Amtsphase bis 2004 weitgehend erreicht. Doch anstelle in der zweiten Amtszeit die angekündigten weit reichenden Reformen im Wirtschafts- und Sozialbereich voranzutreiben, bemühte sich die Putinsche Administration nach einigen halbherzigen, aber gescheiterten Reformversuchen (Administrativreform im Frühjahr 2004 und Sozialreform Anfang 2005) vor allem um die Sicherung ihrer Machtbasis.

Zwar formulierte Präsident Putin in seiner Rede vor der Föderalversammlung am 25. April 2005 noch einmal, dass Russland seiner Meinung nach einen effektiven, nicht korrupten Staatsapparat schaffen und Recht und Gesetz, sowie die Entwicklung von Zivilgesellschaft und Persönlichkeitsrechten stärken müsse, um sich stabil, demokratisch und erfolgreich zu entwickeln. Trotzdem etablierte seine Politik ein System, das als „kompetitiver Autoritarismus“¹ oder auch „autoritärer Populismus“ bezeichnet werden kann. In ihm konkurrieren wenige Elitefraktionen fernab der Öffentlichkeit und oft mit ungesetzlichen und undemokratischen Methoden um politischen Einfluss. Sowohl politische als auch wirtschaftliche Macht werden immer stärker konzentriert und miteinander verschränkt. Die bedeutendsten Industriezweige befinden sich inzwischen wieder in staatlicher Hand, werden von Beamten kontrolliert oder gehören dem Kreml nahe stehenden Industriellen.

Diese Entwicklung wird durch das anhaltend hohe Wirtschaftswachstum von zuletzt knapp sieben Prozent gestützt. Diese „neue Stärke“ Russlands ruht aber bisher nur auf einigen wenigen Säulen, vor allem auf dem Rohstoffsektor und den enorm gestiegenen Energiepreisen auf dem Weltmarkt. Auf den Energiesektor entfallen etwa

die Hälfte der Industrieproduktion und rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts. In ihm arbeiten aber nur etwa ein Prozent aller Arbeitskräfte.² Dieses Ungleichgewicht führt zu großen Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung und zu entsprechend großen sozialen Spannungen. Die stark gestiegenen Staatseinnahmen haben den Staatshaushalt aufgebläht (allein von 2004 auf 2005 eine Steigerung von über 60 Prozent). Die ungleiche Einkommensverteilung, Politikdefizite und nicht angegangene oder gescheiterte Sozialreformen werden zunehmend durch Geldzuwendungen an breite Bevölkerungsschichten kompensiert. Dadurch besteht eine erhöhte Inflationsgefahr. Wirtschaftsexperten diskutieren gegenwärtig drei Krisenszenarien: Sinken des Ölpreises auf dem Weltmarkt, eine Überschuldung von Bevölkerung und Betrieben angesichts stark steigender Kreditvergaben und eine Haushaltskrise angesichts zunehmender sozialer Verpflichtungen des Staates. Folge dieses Geldbooms bei gleichzeitigem Aufblähen des Staatshaushaltes ist die wachsende Korruption. Transparency International führte Russland auf seinem Korruptionsindex auf dem 126. Platz bei 159 untersuchten Ländern. 2004 hatte Russland noch Platz 90 belegt.³

Umso erstaunlicher ist es, dass die Popularität von Präsident Putin auch im siebten Jahr seiner Präsidentschaft nicht abgenommen hat. Putin ist es gelungen, sich bei einem großen Teil der Bevölkerung in allen sozialen Schichten und allen Altersklassen als charismatischer Führer zu etablieren. Die Zustimmung bezieht er dabei weniger aus seinen politischen Leistungen, als vielmehr aus der medienwirksamen Prestigeakkumulation in politikfremden Bereichen. Er profitiert von einer aktiv selbsterzeugten patriotischen Grundstimmung, ohne für die schlechte staatliche Verwaltung Verantwortung tragen zu müssen. Den „Polittechnologen“ der Kremladministration ist es gelungen, das Ansehen von Putin fast völlig von den tatsächlichen politischen Erfolgen zu entkoppeln. Eine wesentliche Rolle spielt dabei, dass Putin als derjenige wahrgenommen wird, der die Grundlagen für die Überwindung der enormen narzisstischen Kränkung gelegt hat, die nicht nur die politische Elite, sondern das ganze Land nach eigenem Empfinden in den 90er Jahren erlitten hat. Für einen großen Teil der Russen ist aus heutiger Sicht nicht das Sowjetregime die Katastrophe gewesen, sondern dessen Zusammenbruch, der zwar vielen Völkern der Sowjetunion die Freiheit, den Russen aber das – zumindest vorläufige – Ende ihrer historischen Mission

¹ Hans-Henning Schröder: Akzeptanz, Protest, Legitimität? Die russische Gesellschaft und das System Putin, in: Russlandanalysen 84, 9.12.2005, S. 2, www.russlandanalysen.de

² Hermann Clement, Wirtschaftsboom statt Krise, in: Osteuropa, S. 23 ff.

³ www.transparency.de

gebracht hat. Ohne diese Mission genau zu benennen oder benennen zu können, gibt Putin den Menschen in Russland das Gefühl, er knüpfe an der „natürlichen“ russischen Großmachttradition wieder an, auf die das Land aufgrund seiner „ruhmreichen“ Vergangenheit und seiner schieren physischen Größe ein Anrecht habe.

Entsprechend wird der ein wenig ungelente Begriff der „gelenkten Demokratie“ seit einiger Zeit durch „souveräne Demokratie“ abgelöst. Damit soll deutlich gemacht werden, dass der Russland in der „Schwächephase“ der 90er Jahre „aufgezwungene“ „westliche“ Demokratiebegriff für das heute wieder erstarkte Land nicht akzeptabel ist. Russland, so die von der Staatsführung vertretene These, habe das Recht, eigene, auf ursprünglichen „russischen“ Werten, Traditionen und Moral basierende Formen des demokratischen Zusammenlebens zu entwickeln. Der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Sergej Iwanow, einer der gegenwärtig chancenreichsten Anwärter auf die Putinnachfolge 2008 formulierte das in einem programmatischen Artikel in der Tageszeitung Iswestija am Vorabend des G8-Gipfels in St. Petersburg folgendermaßen: „Russland verfolgt heute eine folgerichtige und, wo das sein muss, sogar harte Politik in Fragen der Verteidigung seiner nationalen Interessen sowohl innerhalb des Landes als auch außerhalb. In der politischen und der gesellschaftlichen Sphäre durchkreuzen wir entschieden alle Versuche, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen und uns Standards aufzuzwängen, die unserer Lebensweise fremd sind.“⁴ Die „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ der Zeit des Kalten Krieges drängt sich hier sich hier auf, auch wenn Iwanow einige Zeilen weiter einschränkt: „Wir haben uns gleichzeitig vom Konfrontationsmodell im System ‚Ost-West‘ verabschiedet.“⁵ Diese Doppelung aus Bestehen auf dem Eigenen bei gleichzeitiger, zu meist widerwilliger Anerkennung, nach dem Ende der Sowjetunion in einer sich immer schneller globalisierenden Welt nicht ohne Zusammenarbeit mit dem Westen (und damit der zumindest verbalen Anerkennung des internationalen Rechts- und Wertesystems) auszukommen, zieht sich durch die gesamte russische Politik und Gesellschaft. „Abschied von Konfrontation“ (mit dem Westen, versteht sich), bedeutet aber keinesfalls „Abschied von Konkurrenz“. So sehr nach innen erneut auf den Vorrang des Kollektivs vor der individuellen Freiheit des Einzelnen gesetzt wird, so stark wird nach außen einer Art Staatsdarwinismus das Wort geredet (siehe Kapitel 9 „Außenpolitik“), in dem sich Russland gegen eine prinzipiell feindliche Umwelt durchsetzen muss. Dem „Kampf ums Überleben“ müssen innere Widersprüche und vor allem die Widersprechenden untergeordnet werden.

⁴ Sergej Iwanow, „Triada nazonalnych zennostej“, <http://www.izvestia.ru/politic/article3094592/>, 13.7.06. Mit seiner Werte-„Triade“ „Souveräne Demokratie, starke Wirtschaft und Militärmacht“ spielt Iwanow auf die legendäre imperiale Triade des Grafen Sergej Uwarow „Rechtglauben, Selbstherrschaft und Volkstümlichkeit“ aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

⁵ a.a.O.

2. Im Schlagschatten der Wahlen

Die Wahlen zur Staatsduma Ende 2007 und die Präsidentenwahlen im Frühjahr 2008 bestimmen bereits seit Ende 2004 die politische Entwicklung in Russland. Dominierendes Problem der Kremelführung ist dabei die Frage, wie das inzwischen etablierte politische System soweit gefestigt werden kann, dass eine Machtübergabe von Putin an einen Nachfolger bei den Präsidentenwahlen 2008 ohne Gefahr für seine Stabilität möglich wird. Dazu dienen auch ständige Versuche, wie im Sandkasten ein aus Kremlsicht stabiles und praktikables Mehrparteiensystem zu installieren. Der Aufbau einer propräsidentialen Partei ist zumindest äußerlich geglückt, auch wenn diese Partei an den gleichen Problemen wie ihre Vorgänger krankt. Sie macht außer der Versicherung, die Politik des Präsidenten zu unterstützen, kaum weiterreichende politische Aussagen, die man mit Fug und Recht ein Programm nennen könnte. In gewisser Weise bewahrheitet sich auch hier wieder ein Aphorismus des damaligen Ministerpräsidenten Wiktor Tschernomyrdin aus den 90er Jahren: „Welche Partei wir auch immer aufbauen, es kommt jedes mal die KPdSU dabei heraus.“ Die Partei „Einiges Russland“ zählt inzwischen zwar den größten Teil der Minister und fast alle Gouverneure und eine ganze Reihe von Oligarchen zu ihren Mitgliedern, aber nicht, weil Ideologie und Parteiprogramm so attraktiv wären, sondern weil ohne eine Mitgliedschaft keine politische Karriere mehr möglich ist und auch große Vermögen ohne die Loyalitätsbezeugung durch die Mitgliedschaft in der „Partei der Macht“ gefährdet sind.

Präsidentenwahlen im Frühjahr 2008

Präsident Putin darf laut Verfassung 2008 nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren und hat auch mehrfach öffentlich erklärt, aus dem Amt scheidet zu wollen. Angesichts der großen Machtkonzentration auf den Präsidenten und der Tatsache, dass die Legitimität des Systems Putin wesentlich von dessen ungebrochener Popularität abhängt, gewinnt die Nachfolgefrage für seine Umgebung und seine Anhänger fast die Qualität einer Frage von Sein oder Nichtsein. Beinahe jede wichtige politische Entscheidung wird daraufhin abgeklopft, welche Botschaft sie in Bezug auf eine mögliche Putinnachfolge beinhalten könnte oder welchen taktischen und strategischen Sinn sie im Sinne der Machterhaltung der gegenwärtig den Staat kontrollierenden Gruppen haben könnte. Dabei wurden lange Zeit drei Szenarien diskutiert: das weißrussische, das ukrainische und das russische. Das weißrussische Szenarium sieht eine Änderung der Verfassung wie unter Präsident Lukaschenko vor, die es Putin ermöglichen würde, auch ein drittes Mal zu kandidieren. Das hat Putin aber mehrfach ausgeschlossen. Das ukrainische Szenarium bezieht sich auf den Plan des damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, aus der stark präsidential ausgerichteten Ukraine eine parlamentarische Demokratie zu machen, die es ihm ermöglichen würde, künftig als Premier die Zügel in der Hand zu behalten. Gegen dieses Szenarium spricht, dass der Versuch fehlgeschlagen ist. Das russische Szenarium wiederholt die Stabübergabe von Jelzin an Putin Anfang 2000, der als loyaler, eher schwacher und die Pfründe der Umgebung des Vorgängers nicht antastender Nachfolger ausgewählt worden war. Gegen dieses Szenarium spricht, dass Putin die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht hat. Ein im Frühjahr 2006 aktiv diskutiertes weiteres Szenario ist eine mögliche Vereinigung mit der

Republik Belarus zu einem Unionsstaat, dessen Präsident Wladimir Putin dann ohne Rücksicht auf die heutige russische Verfassung werden könnte.

Im Herbst 2005 ernannte Präsident Putin seinen bisherigen Administrationschef Dmitrij Medwedjew zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten. Gleichzeitig wurde auch Verteidigungsminister Sergej Iwanow zum stellvertretenden Ministerpräsidenten aufgewertet. Diese beiden Ernennungen wurden allgemein als Fingerzeig in Bezug auf die Nachfolgefrage aufgefasst. In den staatlichen und vom Staat kontrollierten Massenmedien, insbesondere im Fernsehen findet seither eine Art unerklärter Wahlkampf zwischen diesen beiden Politikern statt. Auch die völlig unerwartete und bis heute von Putin öffentlich nicht begründete Ablösung von Generalstaatsanwaltschaft Wladimir Ustinow dürfte im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl gestanden haben. Ustinow, Frontmann im Kampf des Kreml mit politisch unerwünschten Personen, der sein Meisterstück mit der Verurteilung von Michail Chodorkowskij abgelieferte, hatte sich mit Unterstützung von Igor Setschin, einflussreicher stellvertretender Leiter der Präsidentenadministration, allmählich als möglicher Präsidentschaftskandidat in Stellung gebracht.⁶

Dumawahlen im Dezember 2007

Die Staatsduma wird seit der Wahl 2003 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit von der Präsident Putin nahestehenden Partei „Einiges Russland“ dominiert und stimmt praktisch allen von der Präsidentenadministration eingebrachten Gesetzen zu. Für die kommenden Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2007 gilt statt der bisherigen 5-Prozent-Klausel erstmals eine 7-Prozent-Hürde. Außerdem wurden die Direktwahlkreise abgeschafft. Die Abgeordneten werden künftig ausschließlich über Parteilisten gewählt. Nach gegenwärtigem Stand hat die demokratische Opposition nur dann eine Chance, nach vierjähriger Abwesenheit wieder in die Duma einzuziehen, wenn sie sich zusammenschließt und mit einer gemeinsamen Liste antritt. Da Listenverbindungen nach dem neuen Wahlgesetz nicht mehr zulässig sind, kann das nur nach vorherigem Zusammenschluss von Parteien geschehen. Ob dies gelingt, ist allerdings fraglich. Zwar konnten Jabloko und SPS unter Beteiligung von KandidatInnen der Parteiinitiative der Soldatenmütter und vom „Grünen Russland“, zur Wahl des Moskauer Stadtparlaments im Dezember 2004 eine gemeinsame Liste bilden und mit knapp 11 Prozent ins Parlament einziehen. Aber auf Bundesebene liegen die Positionen inhaltlich und strategisch noch weit auseinander. Spätestens Ende 2006 muss wegen der Vorschriften des Wahlgesetzes eine Entscheidung fallen.

Die vor den Wahlen 2003 auf Initiative des Kreml geschaffene linksnationalistische Rodina-Partei wird voraussichtlich zu den kommenden Wahlen nicht antreten können. Rodina sollte ursprünglich den Kommunisten möglichst viele Stimmen abspenstig machen,

⁶ Setschin ist Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft, des staatseigenen Ölkonzerns, der über Mittelsleute die Aktiva von JuKOS aufgekauft hat und so zum größten russischen Ölkonzern geworden ist. Setschin Tochter heiratete 2003 den Sohn von Generalstaatsanwalt Ustinow.

zog aber, für den Kreml offenbar unerwartet, vor allem bisherige Wähler von „Einiges Russland“ an. In zahlreichen Regionalwahlen profilierte sich die Partei gegen die jeweilige, meist vom Kreml unterstützte Regionalregierung und bekam in einigen Fällen mehr Stimmen als „Einiges Russland“. Ein großer Teil des Erfolgs ging auf offen fremdenfeindliche und nationalistische Agitation zurück. Ein eindeutig rassistischer Werbeclip zu den Moskauer Stadtdumawahlen im Dezember 2004 gab dann der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, die Kandidatur von Rodina zu verbieten.

Liberaler Verwirrungen⁷

Sechzehn Monate vor der nächsten Dumawahl im Dezember 2007 ist das so genannte „liberale Lager“⁸ wie eh und je uneinig darüber, woher und von wem die Rettung vor einer weiteren „Putinisierung“ Russlands kommen kann. Der Schock der Wahlniederlage im Dezember 2003, als keine der beiden liberalen Parteien Jabloko und Union der Rechten Kräfte (SPS) die 5-Prozent-Hürde überspringen konnte oder durfte, sitzt weiter tief. Einigkeit herrscht lediglich in zwei Punkten: Erstens hat nur ein einigermaßen geschlossenes liberales Lager, das im Idealfall mit einer gemeinsamen Liste zur Dumawahl antritt, eine realistische Chance auf Erfolg. Zweitens hängt der Wiedereinzug letztendlich aber davon ab, ob der Kreml dies zulässt oder nicht. Auf die Entscheidung oder das Vermögen des Kreml dazu dürften aber wiederum Einigkeit und Stärke des liberalen Lagers einen gewissen, wenn auch nicht entscheidenden Einfluss haben.

Uneinigkeit herrscht über alles andere: Ob es überhaupt Sinn macht, sich einem vom Kreml dirigierten und dominierten Wahlprozess zu unterziehen, um dann als vermutlich kleinste Oppositionspartei in einem von einer kremltreuen Partei wahrscheinlich mit Zwei-Drittel-Mehrheit dominierten Staatsduma zu sitzen. Wer in einem möglichen Wahlbündnis -um mit Gerd Schröder zu sprechen- „Koch“ und wer „Kellner“ ist. Welchen Charakter das Putinsche Herrschaftssystem hat, ob es sich zum Beispiel um ein kriminell-autoritäres Regime handelt, das „Krieg mit dem eigenen Volk“ (Garri Kasparow) führt, oder ob es sich um eine moderne Variante des bürokratischen Systems der Sowjetunion handelt - geheimdienstdominiert und ideo-

⁷ Bei diesem Kapitel handelt es sich um eine leicht überarbeitete Version meines Artikels „Über die Zukunft liberaler Politik in Russland“, in: Russlandanalysen 106, 30.03.2006, S. 2, www.russlandanalysen.de

⁸ Die politische Farbenlehre in Russland unterscheidet sich erheblich von den im übrigen Europa üblichen Zuordnungen. Ich verwende den Begriff „liberal“ für ein Spektrum, das etwa die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auch abdecken, mit Ausnahme bolschewistischer Reste in der Linkspartei und kleinerer rechtskonservativer Überreste bei der Union. Oft werden die politischen Kräfte, um die es hier geht, auch der Einfachheit halber als „Demokraten“ bezeichnet, weil sie zumindest eint, dass die eine Gesellschaft nach westlichem liberalen und demokratischen Muster anstreben.

logieentkleidet. Und vor allem herrscht Uneinigkeit in der Frage, wie viel Bewegungsfreiheit es innerhalb dieses politischen Systems noch gibt, wie stabil das System auf kurze und mittlere Sicht ist und ob eine liberale Fraktion in der Staatsduma einen Unterschied macht.

Die Handelnden

Seit den Dumawahlen 2003 gab es wiederholt Versuche, die nun außerparlamentarischen demokratischen Kräfte zu einigen. Im Frühjahr 2006 verbleiben fünf Gruppierungen oder Akteure von Bedeutung: die früheren Parlamentsparteien Jabloko und SPS, die Republikanische Partei Russlands (RPRF) oder besser Wladimir Ryschkow an der Spitze dieser Partei, der ehemalige Premierminister Kasjanow und der ehemalige Schachweltmeister Garri Kasparow. Keine der Parteien und PolitikerInnen hat es geschafft, zu einer im liberalen Lager und in der Öffentlichkeit anerkannten Führungsfigur zu werden. Da freie Wahlen de facto abgeschafft sind, und Justizbehörden und Wahlkommissionen sich in hohem Maße manipulativ verhalten, ist es zudem fast unmöglich, die tatsächliche Stärke politischer Vereinigungen einzuschätzen.

Garri Kasparow

Direkt nach der Dumawahl 2003 gründete Garri Kasparow gemeinsam mit dem ehemaligen SPS-Vorsitzenden Boris Nemzow und eine Reihe von Politologen und Publizisten das „Komitee 2008 ‚Freie Wahl‘“. In seiner Gründungsdeklaration forderte das Komitee zum Kampf um das Wahlrecht auf. Ziel sei es, insbesondere die Präsidentenwahlen 2008 wieder zu tatsächlichen Wahlen zu machen und damit die unter Präsident Putin eingeschränkten demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Das Komitee traf sich mehrmals, gab einige scharfe oppositionelle Erklärungen heraus und verschwand schon Mitte 2004 wieder in der Versenkung, ohne sich allerdings formal aufzulösen.

Eine Art Nachfolger des Komitees 2008 ist der Allrussische Bürgerkongress, der jeweils im Dezember 2004 und 2005 zwei große Konferenzen zu den Jahrestagen der Dumawahl 2003 in abhielt. Treibende Kraft dahinter ist ebenfalls Garri Kasparow, auch wenn es neben ihm mit Ludmila Alexejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki Gruppe, und Georgij Satarow, bekannter Antikorruptionskämpfer und Leiter der Stiftung „Indem“, zwei formal gleichberechtigte Co-Vorsitzende gibt. Auch traten auf den beiden Konferenzen fast alle wichtigen Akteure des liberalen Lagers auf, einschließlich der Parteivorsitzenden von SPS und Jabloko und führender NGO-Vertreter. Doch über die beiden Konferenzen hinaus entfaltete der Allrussische Bürgerkongress bis heute kaum öffentliche Initiativen. Die Konferenzen selbst sind Einzelereignisse geblieben, denen sich freilich nur wenige der Akteure entziehen konnten oder entziehen wollten. Niemand möchte beschuldigt werden, den notwendigen Einigungsprozess zu sabotieren oder zu boykottieren. Zur institutionellen Konsolidierung oder zur inhaltlichen Einigung hat der Bürgerkongress jedoch kaum beigetragen. Dazu wird er auch, trotz einer verbreiteten Basis gegenüber dem Komitee 2008 zu sehr von Kasparow dominiert.

Im Laufe des vergangenen Jahres hat Garri Kasparow noch einmal Ton und Inhalt seiner Kritik an der Putinschen Politik radikalisiert.

Putins Regime führe einen inneren Krieg gegen das eigene Volk, so seine Hauptthese. Nach seiner Auffassung ist das Putin-System zudem weit weniger stabil, als es scheint. Eine Systemkrise, ähnlich der in der Ukraine 2004, sei in naher Zukunft unabwendbar. Kasparows Einfluss entspringt zu einem großen Teil dieser Radikalität, die es anderen, gemäßigeren Politikern schwer macht, öffentlich sichtbar zu bleiben, ohne zu großer Nähe zu Putin verdächtigt zu werden. Damit gleicht Kasparow das weitgehende Fehlen einer organisierten und organisierbaren sozialen Basis aus. Ein politisches Programm fehlt. Allerdings ist Kasparow bis heute die einzige charismatische Figur der liberalen Opposition. Diese Stärke weist aber sogleich auch auf die größte Schwäche Kasparows hin: Er braucht die Radikalisierung und eine Revolutionsrhetorik, um sichtbar zu bleiben und Wirkung zu erzielen. Außerdem ist ihm an einer strukturellen und institutionellen Konsolidierung der demokratischen Opposition kaum gelegen, da sie seine Rolle als Volkstribun schmälern würde. Kasparow bleibt eine Art Einpeitscher, der nie ganz dazugehört. Folgerichtig hat er bereits erklärt, an den kommenden Parlamentswahlen nicht teilnehmen zu wollen. Angesichts des geänderten Wahlgesetzes könnte er das auch nur, indem er in eine schon bestehende Partei eintreten und auf deren Liste kandidieren würde. Auch die neueste Initiative von Kasparow (formal: des Allrussischen Bürgerkongresses), die im Vorfeld des G8-Gipfels am 11. und 12. Juli in Moskau geplante Konferenz „The Other Russia“, passt in dieses Muster. Sie soll dem – vorwiegend westlichen – Publikum ein anderes, also nicht-putinsches Russland zeigen, als das auf dem Gipfel in St. Petersburg präsent und präsentiert.

Michail Kasjanow

Michail Kasjanow versucht sich seit März 2005 mit seiner öffentlich angekündigten Präsidentschaftskandidatur als „Führer aller liberalen Kräfte“ zu positionieren. Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt. Direkt nach der „oranigen Revolution“ in der Ukraine und ein Jahr nach der „Rosenrevolution“ in Georgien gab es vor allem in den USA nicht wenige, die eine Juschtschenko und Saakaschwili vergleichbare Figur (bekannt, möglichst populär, mit Regierungserfahrung) auch in Russland für die Voraussetzung eines politischen Wechsels hielten. Diese Erwartungen, besser Befürchtungen teilte und teilt auch ein nicht unerheblicher Teil der russischen Machtelite. Doch diese zu simple Rechnung ging nicht auf. Weder zeigten ausreichend viele liberale Politiker Interesse an einer „Integrationsfigur“ Kasjanow, noch reicht die Popularität des Ex-Ministerpräsidenten aus. Im Gegenteil: Sein Image ist in den Augen der meisten Menschen in Russland weiterhin eng mit der Wirtschaftskrise und der Korruption der Jelzinpräsidentschaft verbunden. Kasjanow war schon in den späten Jelzinjahren Finanzminister und stellvertretender Regierungschef und sein von findigen „Polittechnologen“ geprägter Spitzname „Mitscha-Zwei-Prozent“, der auf eine angebliche zwei-prozentige Gewinnbeteiligung an Kasjanow für Informationen darüber verweist, welche Kredite das notleidende Russland bedienen oder eben nicht bedienen werde, hängt ihm bis heute an. Ende 2005 versuchte Michail Kasjanow die „Demokratische Partei“ von Nikolaj Trawkin zu übernehmen, um sie als Alternative zu den „alten“ Parteien SPS und Jabloko zum Sammelbecken der liberalen Kräfte zu machen. Das Unternehmen scheiterte aber an geschickter Obstruktion aus dem Kreml. Die Mehrheit der Delegierten erschien nicht im Parteitagssaal, sondern wählte an anderer Stelle eine alter-

native Parteispitze. Zu diesem für Kasjanow offensichtlich unerwarteten Stimmungswandel sollen laut einigen Medienberichten Handgeldzahlungen nicht unerheblich beigetragen haben. Auf Warnungen aus der Präsidentenadministration hatte Kasjanow nicht reagiert. Nach dieser Erfahrung beschränkte er sich im Frühjahr 2006 auf die Gründung einer „Volks-Demokratischen Bewegung“ (Narodno-Demokratischekoje Dwizhenije). Kasjanow schließt eine Beteiligung an den kommenden Dumawahlen aus. Hierin Kasparow ähnlich, zeichnet auch er ein krisenhaftes Bild vom Zustand des politischen und ökonomischen Systems, allerdings ohne Kasparows kriegerischen Unterton. Kasjanow gibt eher den Elder Statesman mit weiterhin guten Beziehungen zum Staatsapparat. So empfiehlt er sich auch als „Mann des Westens“ für den Fall der Fälle.

Wladimir Ryschkow

Wladimir Ryschkow ist einer der wenigen unabhängigen und liberalen Abgeordneten der Staatsduma. Er gewann 2003 wie schon zweimal zuvor einen Direktwahlkreis im Gebiet Altaj. Bei den kommenden Dumawahlen wird es aber keine Direktkandidaten mehr geben. Alle Abgeordneten werden nach weitreichenden Änderungen im Wahlgesetz, zu denen auch die Einführung einer 7-Prozent-Hürde gehört, über Parteilisten bestimmt. Ryschkow versucht, sich als Alternative zu den alten „verbrauchten“ liberalen Kräften aufzubauen. Entsprechend lehnt er Kompromisse mit Jabloko und SPS oder Vereinigungsgespräche konsequent ab. Die alten Parteien mit dem bekannten Führungspersonal hätten ihre Chance gehabt und sie nicht genutzt. Sie seien zu einer Erneuerung nicht mehr in der Lage; wichtiger noch, die WählerInnen würden ihnen eine Erneuerung nicht abnehmen.

2005 versuchte sich Ryschkow mit der Übernahme des Vorsizes der RPRF folgerichtig eine eigene Parteibasis zu schaffen. Er warb auch bei zwei weiteren Parteinitiativen, den Soldatenmüttern und der Partei „Grünes Russland“ unter dem Vorsitz von Alexej Jabloko für eine Vereinigung mit seiner Partei. Zumindest ein Teil der Soldatenmütter -internen Informationen zufolge etwa 5.000- ging auf das Angebot ein und trat im Herbst 2005 der RPRF bei. Doch all diese Anstrengungen blieben erfolglos. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der Partei die nach den Gesetzesänderungen obligatorische Umregistrierung versagt. Gegenwärtig klagt sie gegen eine ganze Reihe von regionalen Wahlkommissionen, die die jeweiligen regionalen Untergliederungen der RPRF wegen „mangelnder Aktivität“ geschlossen haben. Werden diese Entscheidungen rechtskräftig, dann wird die Partei die Bedingungen des verschärften Parteiengesetzes nicht erfüllen, die mindestens 50.000 Mitglieder insgesamt und in mindestens 45 Regionalorganisationen jeweils mindestens 500 Mitglieder fordern.

SPS

Der Zustand der SPS ist nur sehr schwer einzuschätzen. Immerhin hat es die Partei Anfang 2006 bei zwei Regionalwahlen über die 5-Prozent-Hürde geschafft. Es scheint also zumindest einige handlungsfähige Regionalgruppen zu geben. Mit Nikita Belych, der zuvor einige Jahre lang stellvertretender Gouverneur des Gebiets Perm war, gibt es eine recht unverbrauchte, neue, wenn auch oft etwas provinziell wirkende Führungsfigur. Das Provinzielle muss aber in

einem weitgehend aus Provinzen bestehenden Land nicht unbedingt von Nachteil sein. Die SPS hat ein gegenüber den anderen Parteien ein entscheidendes Vorteil, der aber zugleich ihr wohl größter Makel ist: eine stabile Finanzierungsquelle. Sie hängt weiterhin nicht nur organisatorisch und ideologisch stark vom ehemaligen Leiter der Jelzin-Präsidentenadministration und heutigen Vorstandsvorsitzenden des Strommonopolisten „Vereinte Energiesysteme“ Anatolij Tschubajts und dessen finanzieller Freigiebigkeit ab – und damit natürlich indirekt vom Kreml. Das sind in den Augen vieler WählerInnen gleich zwei arge Handikaps: Für die einen steht SPS wegen Tschubajts dem Kreml zu nahe, für die anderen, ebenfalls wegen Tschubajts, den Sünden der Reformer der Jelzinzeit. Grundsätzlich ist SPS zu einem Bündnis mit Jabloko bereit, allerdings nur als *merger of the equal* und nicht unter der Führung von Jabloko-Chef Grigorij Jawlinskij.

Jabloko

Genau diese politisch und moralisch zweifelhafte Vergangenheit macht ein mögliches Bündnis mit SPS für Jabloko zu einer heiklen Angelegenheit. Jabloko ist die einzige liberale Partei, der ein funktionierendes Regionalnetzwerk nachgesagt wird. Größere Wahlerfolge blieben in den vergangenen Jahren aber auch bei Regionalwahlen aus. Immerhin hat Jabloko die Umregistrierung überstanden und von den Zentralen Wahlkommissionen amtlich einen Mitgliederstamm von 55.000 Personen bestätigt bekommen. Im Frühjahr 2006 haben sich ein großer Teil der Initiatoren zur Gründung der Partei „Grünes Russland“ Jabloko angeschlossen und innerhalb der Partei eine Fraktion gegründet. Gleiches gilt für einen Teil der Soldatenmütter.

Ein großes Problem bleibt für Jabloko das Image von Parteichef Grigorij Jawlinskij als „gescheitertem Politiker“, der in der Vergangenheit immer dann nicht „gesprungen“ ist, wenn es darauf ankam. Wie alle liberalen Parteien außer SPS plagen Jabloko enorme Geldsorgen, da praktisch alle legalen Geldquellen vom Kreml kontrolliert werden. Auch Jabloko hat mehrfach die Bereitschaft zu einem Bündnis mit SPS erklärt, trotz großer ideologischer Bedenken und der bis heute großen Nähe zum Kreml. Allerdings ist die Partei unter den gegenwärtigen rechtlichen Bedingungen (siehe unten) nicht bereit, sich auf das Wagnis einzulassen, das eigene, eingeführte Markenzeichen aufzugeben.

Ist ein Wahlbündnis überhaupt noch möglich?

In Bezug auf die Parlamentswahlen 2008 kristallisieren sich im Wesentlichen zwei Positionen heraus. Die erste geht davon aus, dass eine liberale Fraktion im Parlament, trotz dessen machtpolitisch relativ geringer Bedeutung, eine Voraussetzung für das „Überwintern“ liberaler politischer Strukturen in Russland ist und zudem einen gewissen Schutz gegen die weitere Erosion demokratischer Freiheiten und die zunehmend autoritären Tendenzen bieten kann. Dieser Position liegt meist die Annahme zugrunde, dass das Putinsche Regime oder seine möglichen Nachfolgesysteme zwar im Kern nicht stabil sind, angesichts der vorherrschenden Stimmungen im Land aber zumindest kurzfristig nicht mit einer tief greifenden politischen Demokratisierung zu rechnen ist. Dieser Sichtweise hängen wohl nicht zufällig auch die Führungsgremien von SPS und Jabloko an, also die Organisationen mit den ältesten und stabilsten organisatorischen

Strukturen. Sie haben zudem das größte Interesse an einem stabilen und langfristigen Bündnis der liberalen Kräfte.

Die zweite Position gibt einer liberalen Vertretung im Parlament entweder keine Chance oder misst ihr keine Bedeutung zu oder geht von beidem aus. Abhilfe wird von außen oder von der Straße erhofft. Die gegenwärtige Situation wird meist als akut krisenhaft geschildert, aus der sich jederzeit den ukrainischen oder georgischen Umbrüchen ähnliche Entwicklungen ergeben könnten. Diese Sichtweise wird radikal von Kasparow formuliert, vorsichtiger von Kasjanow und, in letzter Zeit, von Ryschkow. Auffällig auch hier, dass keiner der drei über eine strukturierte soziale oder politische Basis verfügt. Gemessen an der Hektik, mit der der Kreml in den vergangenen zwei Jahren versucht hat, die politischen Prozesse im Land zu steuern, Pseudoparteien ins Leben zu rufen und real existierende zu kunojnieren, scheint diese Sichtweise auch in der gegenwärtigen Machteleite viele Anhänger zu haben. Für die zweite Position ist eine auch strukturell und langfristig angelegte Einigung der liberalen Kräfte in Russland weniger wichtig als taktische und situative Bündnisse.

Doch selbst unter der Voraussetzung, es gäbe Einigkeit darüber, dass ein Bündnis zu den nächsten Dumawahlen notwendig und nützlich sei, bliebe nur noch wenig Zeit und fast noch weniger Möglichkeiten, eines zu schaffen. Grundsätzlich gibt es auch dazu zwei unterschiedliche Auffassungen. Die erste sieht SPS und Jabloko als verbraucht und für zu viele potentielle Wähler nicht mehr wählbar an. Man bräuchte also einen ganz neuen Anfang. Alle Versuche (Kasjanow, Ryschkow), eine derartige neue Hülle zu etablieren, sind aber fehlgeschlagen, meist unter aktiver Mithilfe der Präsidentenadministration. Eine völlige Neugründung aber scheitert inzwischen am neuen Parteiengesetz und Zeitdruck: Um zu Wahlen zugelassen zu werden müssen Parteien mindestens ein Jahr vor dem Wahltag offiziell registriert sein. Auch hat der Kreml mehrfach gezeigt, dass er nur selten geneigt ist, die Neugründung von Parteien zuzulassen.

Wie in Deutschland auch, sind Listenverbindungen schon länger verboten. Blicke die Möglichkeit, sich -analog zu PDS/Linkspartei und WSAG- darauf zu verständigen, dass Kandidaten aus allen liberalen Parteien auf eine ausgewählte Parteiliste aufgenommen würden. Dieses Verfahren hätte sogar den Vorteil im Dezember 2005 bei den Wahlen zum Moskauer Stadtparlament bereits einem mit gewissem Erfolg durchgeführt worden zu sein. Auf der Liste von Jabloko kandidierten Mitglieder von SPS, Alexej Jablokow von „Grünes Russland“ und eine Vertreterin der Soldatenmütter. Die gemeinsame Liste bekam knapp 11 Prozent und überwand die in Moskau besonders hohe Hürde von 10 Prozent. Doch gelang es nicht, den Wiedereinzug ins Moskauer Stadtparlament als Erfolg einer gemeinsamen Strategie im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Außerdem gibt es bereits Pläne des Kreml, die Kandidatur von Nichtparteimitgliedern auf einer Parteiliste noch vor den kommenden Dumawahlen zu verbieten.

Auch eine Vereinigung von Parteien, die oftmals in der Diskussion auftaucht, wird immer unwahrscheinlicher. Formal wäre ein Zusammenschluss nur möglich, wenn die Mitglieder einer Partei zuerst aus ihrer Partei austreten, um dann in einem zweiten Schritt in die neue Partei einzutreten. Zwischenzeitlich könnte die aufzugebende Partei vom Justizministerium aufgelöst werden, bevor die neue be-

reit ist. Dieses hohe Risiko ist bisher, ganz abgesehen von ideologischen Differenzen, persönlichen Eitelkeiten und sonstigen Hindernissen, niemand bereit einzugehen. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, dass sowohl SPS als auch Jabloko versuchen werden, zu den Dumawahlen 2007 mit jeweils eigenen Listen, also auch in Konkurrenz zueinander. Gemessen am gemeinsamen Wählerpotential von zehn bis maximal fünfzehn Prozent ist das erneute Scheitern beider an der diesmal sieben Prozent hohen Hürde sehr groß. Es bleibt also abermals der Entscheidung des Kreml überlassen, ob es in der neuen Duma eine liberale Fraktion geben wird oder nicht.

Grüne Parteibildung in Russland

Nachdem bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 keine der liberalen Parteien die 5-Prozent-Hürde überwinden konnte und der staatliche Druck auf NGOs weiter zunahm, stieß eine Gruppe von ökologischen AktivistInnen unter Führung von Alexej Jablokow eine Diskussion zur Gründung einer grünen Partei an. Dies war seit den Spättagen der Perestrojka der erste ernsthafte Versuch der Gründung einer grünen Partei aus der Ökologiebewegung heraus. Der Parteigründungsinitiative folgten kontroverse Debatten, ob eine grüne Partei grundsätzlich sinnvoll und notwendig sei, insbesondere unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen und ob sie nicht eher schädlich für die Ökologiebewegung sei, weil ihr Aufbau Aufmerksamkeit und Kraft von der eigentlichen ökologischen Arbeit abziehe. Ein Gruppe eher jüngerer AktivistInnen vertrat die Meinung, vor einer grünen Parteigründung müsste erst ein entsprechendes soziokulturelles Milieu wachsen und schloss sich zu einer Gruppe mit dem Namen „Vereinigte Zivilgesellschaftliche Grüne Alternative“ zusammen.

Anfang Juni 2005 fand in der Nähe von Moskau der Gründungsparteitag der „Union der Grünen Russlands“, kurz „Grünes Russland“⁹ statt. Zum Vorsitzenden wurde Alexej Jablokow gewählt. Bis zum Ende des Jahres gelang es allerdings nicht, die äußerst strengen Forderungen des russischen Parteiengesetzes zu erfüllen und die notwendigen 50.000 Mitglieder zu erreichen. Der Parteigründungsprozess wurde deshalb offiziell dem Justizministerium gegenüber beendet, aber sofort in einem zweiten Anlauf neu begonnen. Parallel gab es das ganze Jahr über Gespräche mit anderen demokratischen Parteien oder Parteigründungsinitiativen über eine mögliche Fusion. Doch die Gespräche, unter anderem mit der ebenfalls aus dem NGO-Spektrum stammenden Initiative einer Soldatenmütterpartei, blieben ohne konkrete Resultate. Ein Teil der Soldatenmütter trat Ende 2005 in die Republikanische Partei des liberalen Duma-Abgeordneten Wladimir Ryschkow ein. Grünes Russland beschloss Mitte April 2006, vorerst eine Fraktion innerhalb der Partei Jabloko von Grigorij Jawlinskij zu bilden, weil absehbar war, dass auch der zweite Gründungsversuch an den harten Gesetzesvorgaben scheitern würde. Grünes Russland wurde trotzdem im Mai 2006 als Beobachter in die

⁹ <http://www.rusgreen.ru/>

Europäische Grüne Partei aufgenommen. GROSA ist dort bereits Mitglied.¹⁰

3. Kontrollierte Zivilgesellschaft

Das neue NGO-Gesetz

Die Orangene Revolution in der Ukraine Ende 2004 hatte in der russischen Staatsführung einen regelrechten Schock ausgelöst. Bereits im Mai 2004, direkt nach den Ereignissen in Kirgisien, erklärte FSB-Chef Nikolaj Patruschew vor der Staatsduma, terroristische und andere Organisationen bereiteten in der gesamten GUS, also auch in Russland, mit ausländischer Unterstützung Umstürze wie in Georgien, der Ukraine und Kirgisien vor. Er kündigte einen Gesetzentwurf an, um die Tätigkeit russischer NGOs und ausländischer Geberorganisationen in Russland besser kontrollieren zu können. Auch Präsident Wladimir Putin hatte sich schon vor dem Auftritt Patruschews wiederholt kategorisch gegen, wie er das nennt, die „Finanzierung politischer Tätigkeit“ in Russland aus dem Ausland ausgesprochen.¹¹ Alexander Ausan (Institut Nationales Projekt „Gesellschaftsvertrag“) und Swjatoslaw Sabelin (Internationale Sozial-Ökologische Union), beide Mitglieder des präsidentialen „Rats zur Mitwirkung an der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte“ (Vorsitzende: Ella Pamfilowa) wandten sich daraufhin schriftlich mit der Bitte um Auskunft an das Justizministerium, ob die Regierung an einem entsprechenden Gesetzesentwurf arbeite. Die offizielle Antwort war „Nein“.

Mitte Oktober wurde russischen NGOs aus der Regierung ein Gesetzentwurf mit der neutralen Bezeichnung „Über das Einbringen von Änderungen in einige Gesetze der Russischen Föderation“ zugespielt. Schnell wurde klar, dass die geplanten Gesetzesänderungen die Arbeit russischer NGOs weiter erheblich erschweren, vor allem aber die Möglichkeiten ausländischer Organisationen, in Russland zu arbeiten, einschränken oder gar unmöglich machen würden. Bis heute hängt ein großer Teil der NGO-Arbeit, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte und Ökologie von ausländischer Finanzierung ab.

Am 23. November 2004 nahm die russische Staatsduma in erster Lesung Änderungen des Gesetzes über „Gesellschaftliche Organisationen“ mit großer Mehrheit bei nur 18 Gegenstimmen an. Sofort nachdem der Gesetzesentwurf in die Duma eingebracht wurde, protestierten VertreterInnen führender russischer NGOs Mitte November mit einer Erklärung gegen die Einschränkung ihrer Rechte. Ella Pamfilowa, Vorsitzende des präsidentialen „Rats zur Mitwirkung an der Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte“, erklärte, das Gesetz werde das gesellschaftliche Leben in Russland

und einen großen Teil der NGOs ersticken. Der Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin forderte die Duma in einer Stellungnahme dazu auf, dem Gesetz nicht zuzustimmen, weil es schädlich für die Entwicklung der Zivilgesellschaft sei. 21 bereits benannte Mitglieder der auf Kremlinitiative gebildeten so genannten Gesellschaftskammer, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht handlungsfähig war, unterschrieben einen Aufruf, in dem sie die Duma aufforderten, die Beratung über das Gesetz mindestens bis Februar nächsten Jahres zu verschieben. Protest kam auch aus dem Ausland, aus der EU, der US-amerikanischen Regierung und vor allem aus dem Europarat.

Aufgrund der wohl für den Kreml unerwartet breiten Kritikerfront, wurden in zweiter und dritter Lesung eine Reihe von Empfehlungen des Europarats in das Gesetz aufgenommen und mehrere besonders und offensichtlich diskriminierende Bestimmungen gestrichen. Die negativen Auswirkungen des Mitte April 2006 in Kraft getretenen Gesetzes dürften aber trotzdem groß sein, zumal Präsident Putin mehrfach ausdrücklich erklärt hat, Ziel des Gesetzes sei es, russische NGOs, vor allem aber ihre Finanzierung aus dem Ausland zu kontrollieren. Dabei trifft es die russischen NGOs weniger direkt als über eine verschärfte Kontrolle von Vertretungen ausländischer NGOs in Russland. Kernstück des Gesetzes ist die künftige lückenlose Kontrolle von Finanzströmen aus dem Ausland an russische NGOs. Auch der administrative Aufwand der NGOs wird sich, das ist bereits abzusehen, erheblich erhöhen. Doch die meisten staatlichen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten des neuen Gesetzes, die russische NGOs betreffen, bestanden bereits vor Inkrafttreten. Die Instrumente wurden durch das Gesetz lediglich zusammengefasst. Vertretungen ausländischer NGOs müssen künftig Jahresplanungen vorlegen, die von einer neugeschaffenen Registrierungsbehörde genehmigt werden müssen. Die im Gesetz festgeschriebenen Ablehnungsgründe sind sehr weit gefasst. So können Programme und Projekte verboten werden, wenn sie nach Meinung der Behörden eine „Bedrohung für die Souveränität, die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität, die nationale Einheit, das Kulturerbe oder die nationalen Interessen der Russischen Föderation“ darstellen.¹² Diese Bestimmungen sind flexibel auslegbar und Erfahrungen mit russischer Verwaltungspraxis legen die Vermutung nahe, dass die Spielräume für Interpretationen genutzt werden. Schon vor Inkrafttreten des Gesetzes zeigten die Behörden den NGOs gegenüber deutlich mehr Aufmerksamkeit. Die Zahl der Kontrollen und in ihrer Folge die Anzahl von Verwarnungen und Schließungsanträgen sind im ersten Halbjahr 2006 erheblich angestiegen.

Gesellschaftskammer

Die Geiseltragödie von Beslan im September 2004 hatte im Kreml große Ratlosigkeit hervorgerufen. Putins erste Ansprache am 4. September, dem Tag nach dem blutigen Ende der Geiselnahme, war in der Analyse wenig stringent und bot sehr widersprüchliche Erklärungen und Handlungsoptionen an. Der russische Präsident paraph-

¹⁰ <http://www.europeangreens.org/>

¹¹ Inzwischen hat er das viele Male wiederholt, zuletzt während des unter Beteiligung des Kremles organisierten „Civil G8 Forums“ Mitte Juli 2006 in Moskau und auf einer Pressekonferenz während des G8-Gipfels in St. Petersburg am 16. Juli 2006

¹² Föderales Gesetz der Russischen Föderation „Über nicht kommerzielle Organisationen“, Nr. 7-FS vom 12.01.1996, in der Redaktion vom 02.02.2006, Art. 13.2 Ziff.7

rasierte mit seiner These, Russland habe Schwäche gezeigt „und die Schwachen schlägt man!“ (unbewusst?) Stalin, bemerkte aber auch: „Die Ereignisse in anderen Ländern zeigen: Auf die effektivste Gegenwehr stoßen die Terroristen gerade dort, wo sie es nicht nur mit der Macht des Staates, sondern gleichzeitig mit einer organisierten, solidarischen Zivilgesellschaft zu tun haben.“ Zehn Tage später konkretisierte Putin welche Maßnahmen er zum „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ zu ergreifen gedenke. Die wichtigste war die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure und Republikpräsidenten. Mit der angestrebten Bildung einer „Gesellschaftskammer“ (Obschtschestwennaja Palata) nahm er die alte Idee einer korporativen Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen wieder auf.

Ende 2004 wurde ein Gesetz zur Schaffung einer „Gesellschaftskammer beim Präsidenten der Russischen Föderation“ beschlossen, dass im Sommer 2005 in Kraft trat. Bis dahin sollte die aus 126 Vertretern gesellschaftlicher Organisationen bestehende Kammer gebildet worden sein. Die Aufgabenbeschreibung dieses Organs ist widersprüchlich. So soll es auf der einen Seite den Präsidenten in allen die Zivilgesellschaft betreffenden Fragen beraten. Auf der anderen Seite soll die Kammer staatliches Handeln einer zivilen und gesellschaftlichen Kontrolle unterwerfen. Die Art der Auswahl der Mitglieder der Kammer stößt bei vielen NGOs auf Kritik. Das erste Drittel der insgesamt 126 Mitglieder wird vom Präsidenten selbst ernannt wird, die nächsten 42 Mitglieder werden von den Ersternannten kooptiert. Weitere 42 Personen werden in sieben in den so genannten Föderalbezirken einzuberufenden Konferenzen „gewählt“. Memorial, wichtigste Partnerorganisation der Heinrich Böll Stiftung in Russland, hat angesichts dieser Widersprüche bereits Mitte Februar 2005 in einer öffentlichen Stellungnahme erklärt, sich keinesfalls an der Gesellschaftskammer zu beteiligen. Staat und Gesellschaft müssten in einem echten Dialog unabhängige Partner bleiben: „Alle Versuche, diesen Dialog in einem Organ zu konzentrieren, werden lediglich zu einer Imitation dieses Dialogs führen. In einer Kammer, die in das System der staatlichen Macht eingebaut ist, wird der Staat nur mit sich selbst reden.“¹³

Die große Mehrheit der Anfang 2006 vollzählig berufenen Mitglieder der Gesellschaftskammer hat sich in der Vergangenheit meist dem Kreml gegenüber loyal gezeigt.¹⁴ In der Auseinandersetzung um das NGO-Gesetz haben viele der zu diesem Zeitpunkt bereits benannten Mitglieder der Gesellschaftskammer unterdessen eine eher positive Rolle gespielt, indem sie sich den Protesten gegen die Einschränkung der Handlungsfreiheit von NGOs in Russland anschlossen. Ende Juni, Anfang Juli 2006 setzten sich Mitglieder der Gesellschaftskammer öffentlich und erfolgreich für die Bewohner des Moskauer Vororts Butowo ein. Die Moskauer Stadtverwaltung wollte deren Eigenheime räumen lassen, um sie abzureißen und dort vielstöckige Wohnburgen zu bauen. Durch den Einsatz der Gesellschaftskammer konnte das zumindest vorerst verhindert werden. Allerdings liegt die Vermutung nahe, dass es nicht so sehr um die

Rechte der Bewohner ging, als vielmehr dem immer noch vom Kreml recht unabhängigen Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow in die Parade zu fahren. Die Gesellschaftskammer hätte, wenn diese Vermutung stimmt, somit durchaus als Instrument des Kreml gewirkt. Für eine abschließende Beurteilung, ob die Gesellschaftskammer tatsächlich zu der von vielen oppositionellen NGOs befürchteten Delegitimierung ihrer Arbeit führen wird, ist es aber noch zu früh.

4. Tschetschenien/Nordkaukasus

Die Lage in Tschetschenien ist nach wie vor brisant. Die russische Regierung hat eine politische Lösung unter Einschluss von verhandlungswilligen bewaffneten Rebellen in Tschetschenien so lange kategorisch ausgeschlossen, bis es niemanden mehr gab, mit dem man noch hätte verhandeln können: Alle verhandlungsbereiten tschetschenischen Rebellen waren letztendlich tot oder zu Terroristen geworden.

Die starre Politik in Tschetschenien schafft es trotz brutaler Unterdrückung der Bevölkerung nicht, auch nur ansatzweise friedliche Lebensverhältnisse in der Kaukasusrepublik herzustellen. Im Gegenteil wirkt die tschetschenische Kriegsverrohung auf die Gesellschaft zurück. Der „Kampf gegen den Terrorismus“ dient oft auch als wohlfeiler Vorwand zur Einschränkung von bürgerlichen Rechten, wie die Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure nach der Geiseltragödie von Beslan gezeigt hat. Außerdem haben nach unabhängigen Schätzungen inzwischen mehr als eine Million russischer Soldaten und Milizionäre in Tschetschenien Dienst getan und sich an außergesetzliches Handeln gegenüber Verdächtigen, aber auch der Zivilbevölkerung gewöhnt. Diese Erfahrung untergräbt das ohnehin nicht sonderlich ausgeprägte Rechtsbewusstsein sowohl innerhalb der Polizeiorgane als auch in der männlichen Bevölkerung insgesamt.

Die Lage im gesamten Nordkaukasus und nicht nur in Tschetschenien bleibt weiter angespannt. Das zeigen auch Anschläge in der Region, wie der Überfall auf Naltschik, die Hauptstadt Karbadino-Balkariens im Herbst 2005. Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Polizei und bewaffneten Gruppen gibt es inzwischen regelmäßig nicht nur in Tschetschenien, sondern auch in anderen nordkaukasischen Republiken wie Dagestan, Igschetien, Nord-Ossetien und Karbadino-Balkarien. Darunter leidet in erster Linie die Zivilbevölkerung, die in Tschetschenien inzwischen mehr den Schikanen und der Gewalt von Seiten der Sicherheitskräfte als Übergriffen von bewaffneten Rebellen ausgesetzt ist. Vor allem nach der Geiseltragödie von Beslan ist ein mentaler Riss im Verhältnis der Bewohner des Nordkaukasus und des übrigen Russland, vor allem der ethnischen Russen zu beobachten, die sich gegenseitig immer fremder gegenüber stehen.

¹³ siehe: www.demokratie-in-russland.de

¹⁴ Eine Liste der Mitglieder findet sich auf der Website der Gesellschaftskammer: www.oprf.ru

In Tschetschenien ist der Anfang 2006 zum Ministerpräsidenten ernannte Ramsan Kadyrow, Sohn des ermordeten Präsidenten Akhmad Kadyrow der eigentliche starke Mann. Seine bewaffneten Truppen, die größtenteils aus ehemaligen Rebellen bestehen, haben inzwischen einen legalen Status erhalten und unterstehen formal dem russischen Innenministerium. Faktisch aber handeln sie nur auf Befehl von Kadyrow und werden dementsprechend im Volk und in der Presse einfach als „Kadyrowzy“ bezeichnet. Der nominale Präsident Alu Alchanow ist ein ehemaliger Polizeioffizier. Die ihm unterstehenden, wesentlich kleineren Polizeitruppen, waren zum größten Teil schon zu Sowjetzeiten im Polizeidienst und kämpften auch während des ersten Krieges Mitte der 90er Jahre nie auf Seiten der Rebellen. Das Verhältnis der Alchanow- und die Kadyrow-Leute ist von gegenseitigem Hass geprägt. Neben diesen beiden Gruppen gibt es noch drei kleinere, mit verschiedenen Clans verbundene bewaffnete Einheiten, die teils aus ehemaligen Rebellen, teils einfach aus Banditen bestehen, die bis heute mit Entführungen und Sklavenhandel ihr Geld verdienen. Jede dieser Gruppen hat ihre Kontakte nach Moskau, auf die sie sich auch im innertschetschenischen Machtkampf stützen.

Kadyrow strebt danach, seine Rivalen auszuschalten und selbst Präsident zu werden. Bisher ist das nicht gelungen. Auch zwei Versuche, rivalisierende Truppen mit Gewalt zu ent Waffen, sind fehlgeschlagen, weil die Gruppen von ihren jeweiligen Moskauer Verbündeten geschützt werden konnten. Kadyrows Truppe wird von Beobachtern als kaum mehr von den russischen Streitkräften kontrollierbar eingeschätzt. Kadyrow hat es mit einem brutalen Regime geschafft, den äußerlichen Eindruck von zunehmender Ruhe in Tschetschenien zu erzeugen. Tatsächlich geht die Zahl der gewaltvollen Auseinandersetzungen und auch die Zahl der Toten stetig zurück. Die russische Staatsführung honoriert das mit enormen finanziellen Zuwendungen, von denen ein großer Teil in dunklen Kanälen versickert. Beobachter gehen davon aus, dass Kadyrow inzwischen von einer „Marionette“ des Kreml zu einer eigenständigen politischen Kraft geworden ist. Die Situation in Tschetschenien nähert sich damit wieder der Zwischenkriegszeit zwischen 1996 und 1999 an, als die Republik de facto unabhängig war.

Der Tod von Schamil Bassajew Mitte Juli 2006, des von Russland meistgesuchten tschetschenischen Rebellen, der einen 15 Jahre langen Weg vom Freiheitskämpfer zum Terroristen hinter sich hat und der als Drahtzieher hinter den größten Anschlägen der vergangenen Jahre, darunter der Geiselnahme von Beslan angesehen wird, könnte die Situation in Tschetschenien noch einmal in Bewegung bringen. Eine Woche nach dem Tod, der nach russischen Angaben der Erfolg einer Operation des Geheimdienstes FSB, nach anderen Quellen aber ein Unfall war, hat FSB-Chef Patruschew den verbleibenden Rebellen ein Amnestie angeboten, so sie nicht an schweren Verbrechen beteiligt gewesen seien. Dieses Angebot dürfte aber kaum mehr als eine Propagandaaktion gewesen sein, denn es ist kaum vorstellbar, dass sich noch Männer mit „sauberen Händen“ in den tschetschenischen Bergen befinden.

Jugendliche und Politik¹⁵

Ein großer Teil der russischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen galten und gelten als politisch uninteressiert und abstinent. Politik hatte bei ihnen mehr noch als in der Bevölkerung insgesamt den Ruf schmutzig, korrupt, ja obszön zu sein. Umgekehrt kümmerten sich Politiker aller Richtungen wenig um junge Menschen. Politischer Nachwuchs wurde kaum gebraucht, weil ein großer Teil der russischen politischen Elite selbst noch relativ jung ist. Sie als Wählerinnen und Wähler zu umwerben galt angesichts ihrer aufgrund der demographischen Entwicklung relativ geringen Generationenstärke und ihrer starken Politikabstinez als nicht sonderlich effektiv. Rentner und Rentnerinnen dagegen sind eine leicht ansprechbare, politisch interessierte und vor allem disziplinierte Wählergruppe. Sowohl das starke Desinteresse junger Menschen an Politik als auch ihre relative Missachtung durch praktisch alle politischen Lager verändern sich seit einigen Jahren. Dieser Prozess wurde durch die „Revolutionen“ genannten politischen Umbrüche in Georgien, in der Ukraine und in Kirgisien erheblich beschleunigt. Insbesondere die „Orangene Revolution“ in der Ukraine wird von der liberalen, in Maßen auch der kommunistischen Opposition als Hoffnungsschimmer empfunden, der angesichts des zunehmend stärker werdenden staatlichen Drucks längst verloren geglaubten Mut zu neuem Handeln gibt. Der Kreml und ihm nahestehende Kräfte sehen darin eine möglicherweise existentielle Bedrohung für das etablierte politische System unter Präsident Putin.

Das russische „molodjoschnyje Organizazii“, wird mit der direkten Übersetzung „Jugendorganisationen“ nur ungenau umrissen. Gemeint sind Vereinigungen von Menschen zwischen Pubertät und Erwachsenenalter, also etwa zwischen 15 und 30 Jahren. Ich werde im Folgenden die Worte Jugend, Jugendlischer oder Jugendorganisationen in diesem Sinn benutzen.

¹⁵ Bei diesem Kapitel handelt es sich um eine leicht überarbeitete Version meines Artikels „Politische Jugendorganisationen und Jugendbewegungen in Russland“, in: Russlandanalysen 83, 2.12.2006, S. 2, www.russlandanalysen.de

5. Jugendorganisationen – ein Querschnittsportrait

In den hier beschriebenen politischen Entwicklungen sind junge Menschen sowohl Subjekt als auch Objekt. Sie werden von Polittechnologien zu „Agitbrigaden“ geformt oder von Parteiführern zum Rebranding ihrer Parteien genutzt. Gleichzeitig entdecken viele junge Menschen aber auch die Politik als Mittel zu Selbstverwirklichung wieder. Politik wird als Abenteuer und Extremerfahrung gesucht. Einige Jugendorganisationen sind wichtige Teile subkultureller Parallelgesellschaften. Andere bieten die Perspektive eines sozialen Lifts, der seine Passagiere in einem eher festgefügt und Vertikal immobil politischen System in die höheren Etagen befördern kann. Diese verschiedenen Interessen und Funktionen sollen genauer betrachtet und, soweit möglich, eingeordnet werden. Dieser Text ist, dem Charakter der Russlandanalysen entsprechend, keine wissenschaftliche Untersuchung, sondern eine erste Annäherung.

Man kann grob vier ideologische Gruppen von Jugendorganisationen unterscheiden: Rechtsradikale und nationalistische Gruppen, linksradikale und kommunistische Organisationen, liberale, an westlichen Demokratiemodellen orientierte Gruppierungen und vom Kreml initiierte oder ihm loyale Organisationen. Über die jeweilige Größe dieser vier politischen Richtungen gibt es kaum zuverlässige Informationen. Die Eigenangaben der Organisationen sind mit großer Vorsicht zu betrachten. Im heutigen Russland eher unzuverlässige Indikatoren wie öffentliche und Medien-Relevanz, Anzahl und Größe der politischen Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen oder Auftritte im Internet und Hostbesuche lassen aber vermuten, dass linksradikale, nationalistische und kremlnahe Gruppen etwa gleich große Mitgliederzahlen und Anhängerschaft haben, während die liberalen Gruppierungen zwar zahlreich, aber erheblich schwächer sind.

Das Interesse der jungen Menschen speist sich bei den Linksradikalen, den Nationalisten und den Liberalen vorwiegend aus idealistischen, moralisch-ethischen und weltanschaulichen Motiven. Das ernsthafte Engagement mit oft durchaus missionarischen Zügen unterscheidet diese Gruppen nicht von Jugendbewegungen in anderen Ländern und zu anderen Zeiten. In den kremlorientierten Gruppen dagegen überwiegen opportunistische Verhaltensweisen mit stärkerem Bezug zu sozialen und politischen Überlebenspraktiken aus der Sowjetzeit. Eine große Rolle spielen auch rational-zweckorientierten Karriereplanungen. Die liberalen Gruppen sind stärker in Moskau, St. Petersburg und anderen Großstädten. Linksradikale und Kremlnahe haben in den kleineren Städten der Regionen und in ländlichen Gebieten größere Mobilisierungserfolge. Rechtsextreme Gruppe

scheinen auch in den Großstädten mit ihrer stärkeren ethnischen Vermischung erfolgreicher zu sein. In den Regionen finden sich unter Jugendlichen oft Ansätze eines spontanen, originären Patriotismus, der aber häufig mit einem nach außen aggressiven nationalen Minderwertigkeitskomplex einhergeht.

Im Gegensatz zum ernsthaften Zugang der meisten Aktiven in den unterschiedlichen Jugendorganisationen bleiben das staatliche Interesse, aber auch das Interesse der politischen Parteien von links bis rechts an ihnen oberflächlich und instrumentell. In der offiziellen staatlichen Jugenddoktrin werden Jugendliche in erster Linie als „Arbeitskräfteressource“ definiert und unter demographischen Gesichtspunkten behandelt. Trotz des verstärkten Interesses junger Menschen an politischem Engagement bleibt ihr Vertrauen in politische und staatliche Institutionen klein. Vertrauen genießen in Umfragen nur Präsident Putin und die orthodoxe Kirche. Parlament, Parteien, Gerichte und Presse werden als gleichermaßen korrupt und inkompetent eingeschätzt.

Für die Identifikation von Jugendlichen mit politischen Gruppen sind kulturelle und subkulturelle Symbole wichtig. Viele Organisationen verfügen über bekannte und populäre Musiker, Schauspieler oder andere öffentliche Personen wie Fernsehmoderatoren, Showmaster oder Sportler als Mitglieder oder Aushängeschilder. In den kremlnahen Organisationen dienen diese Stars mit möglichst „kultigem“ Image vorwiegend dazu, ihnen mehr Aufmerksamkeit und Anziehungskraft unter Jugendlichen zu verschaffen. Bei staatsferneren und oppositionellen Gruppen haben diese Prominenten mitunter stil- und auch ideologiebildende Funktionen.

In der Jugendkultur wird die aus der Sowjetzeit übernommene, an die heutige soziale und politische Wirklichkeit in Russland angepasste Unterscheidung in „Gopniki“ und „Neformaly“ wieder wichtig. Die von den „Neformaly“ so genannten „Gopniki“ (die Herkunft der Bezeichnung ist strittig und sie selbst würden sich niemals so nennen) kommen eher aus der Provinz denn aus einer Großstadt. Sie neigen einer vor allem durch das Fernsehen verbreiteten Massenkultur zu, die in Russland „popza“ genant wird, einem vom englischen „Pop“ abgeleiteten und verächtlich gemeinten Sammelbegriff. „Popza“ wäre, auf Deutschland und andere Zeiten übertragen, eher Schlager und Klamauk als Punk und Kabarett. „Gopniki“ neigen zur offenen, zumindest aber latenten Ablehnung von Fremdartigem und Fremden. Oft pflegen sie antiintellektuelle Vorurteile, die schnell in Intellektuellenfeindlichkeit umschlagen. Wichtig für „Gopniki“ ist es dazu zu gehören und hinein zu passen. „Gopniki“ sind per definitionem apolitisch oder antipolitisch

„Neformaly“ wollen in fast allem das Gegenteil der „Gopniki“ sein. Sie kleiden sich anders als der Mainstream der Gesellschaft und hören Musik mit tatsächlich oder vermeintlich widerständiger Tradition, bevorzugt westlicher Herkunft. „Neformaly“ verachten das Fernsehen. Eine Ausnahme ist der – im Übrigen staatliche - Sender „Kultura“, der unter Putins Präsidentschaft die Rolle der Literaturnaja Gaseta aus der Spätphase der Sowjetunion als „Ventil“ zum Dampfablassen für nicht allzu radikale oppositionelle Meinungen übernommen hat. „Neformaly“ interessieren sich für Politik, ohne unbedingt schon politisch engagiert zu sein. Ihre Sympathien gehören meist der ukrainischen „orangenen Revolution“.

„Staatsjugend“

Drei Jugendorganisationen wurden in den vergangenen vier Jahren auf Initiative und mit Unterstützung der Präsidentenadministration aufgebaut: „Gemeinsamer Weg“ (Iduschtschije Wmestje), „Unsere“ (Naschi) und die Mitte November in „Junge Garde des Einigen Russlands“ umbenannte Jugendorganisation der Kremlpartei „Einiges Russland“.

Das 2001 gegründete Projekt „Gemeinsamer Weg“ und seine faktische Nachfolgeorganisation „Unsere“ werden beide von Wladimir Jakemenko geleitet, einem ehemaligen Mitarbeiter der Kremladministration. Jakemenko leugnet diese Verbindung nicht. Im Gegenteil betont er immer wieder seine politische und persönliche Nähe zur Staatsführung unter Präsident Putin. Die Anfang 2005 geschaffenen „Unseren“ sind eine direkte Reaktion auf die in Russland so genannten „bunten Revolutionen“ in Georgien, der Ukraine und in Kirgisien. Hauptziel von „Gemeinsamer Weg“ und „Unsere“ ist die bedingungslose Unterstützung von Präsident Putin und seiner Politik. „Unsere“ nennen sich „antifaschistisch“. Als „faschistisch“ bezeichnet Jakemenko jedwede politische Opposition, also neben rechtsextremen auch liberale und kommunistische Gruppen und Politiker.

Beide Gruppen verfügen über erhebliche Geldmittel. „Gemeinsamer Weg“ organisierte in den vergangenen Jahren eine Reihe von Kundgebungen und Konzerten zur Unterstützung der Politik des Kreml, zu denen meist mehrere tausend junge Menschen mit Zügen und Autobussen nach Moskau gebracht wurden. „Unsere“ versammelten Mitte Mai 2005 in Moskau auf dem gesperrten Leninprospekt über 50.000 Anhänger, alle in einheitlichen T-Shirts bekleidet, „zu Ehren der Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs“. Im Sommer veranstalteten sie ein Sommerlager für mehrere Tausend „Kommissare“, wie die Funktionäre genannt werden. Dort traten als Referenten unter anderem der stellvertretende Chef der Präsidentenorganisation Wladislaw Surkow und der Polittechnologe Gelb Pawlowskij auf. Surkow gilt als Mentor der Organisation. Im Anschluss an das Lager empfing Präsident Putin rund 20 „Kommissare“ auf seiner Datscha bei Moskau. Selbstverständlich wurde von den zentralen Fernsehkanälen über alle diese Ereignisse ausführlich berichtet. Nach Presseberichten kosteten allein Lager und Demonstration zusammen mehr als vier Millionen US-Dollar.

Mediale Aufmerksamkeit erregten „Gemeinsamer Weg“ und „Unsere“ auch durch Aktionen gegen den postmodernen Schriftsteller Wladimir Sorokin. „Gemeinsamer Weg“ errichtete vor drei Jahren im Moskauer Stadtzentrum eine überdimensionierte Papptoilette, in die Aktivisten als „pornographisch“ geschmälte Bücher Sorokins warfen und wässerten. Jakemenko zeigte Sorokin wegen Pornographie an. Die Staatsanwaltschaft eröffnete tatsächlich ein Verfahren, zum Gerichtsprozess kam es aber nie. Im Frühjahr 2005 protestierten „Unsere“ vor dem Bolschoj Theater in Moskau gegen die Aufführung einer Oper nach einem Libretto Sorokins. Die Aufführung dieses „unrussischen“ Werks sei eine „Entweihung“ der nationalen Institution Bolschoj Theater, begründete Jakemenko den Protest.

Die innere Struktur von „Unseren“ ist streng hierarchisch und nach außen abgeschlossen. Ohne Erlaubnis Interviews zu geben oder mit

Journalisten zu reden ist nicht nur einfachen Mitgliedern, sondern auch „Kommissaren“ verboten. Eine feste Ideologie außer der Treue zum Präsidenten gibt es nicht. Wichtigstes Ziel ist die „Verhinderung von orangenen Revolutionen“. Innerhalb der Organisation herrschen Führerprinzip und starke Konkurrenz untereinander. Als Lohn für gute Leistungen winken Kontakte zu wichtigen Politikern und Beamten sowie die Teilnahme an Lagern und Schulungen. Vor allem die Aussicht auf sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg durch enge Verbindungen zur staatlichen Führungselite auf allen Ebenen machen „Unsere“ besonders für viele jungen Menschen in den Regionen attraktiv.

2005 eröffneten „Unsere“ eine eigene „Hochschule“, die „junge Führungspersonen“ heranziehen soll. Jakemenko erklärte mehrfach öffentlich, „Unsere“ seien die künftigen „Führer“ (lidyry) Russlands. Für oft in der Presse wiederholte Behauptungen, Studenten würden an vielen Hochschulen von Dozenten und Rektoren zum Eintritt in „Unsere“ durch die Androhung gepresst, anderenfalls künftige Examen nicht zu bestehen oder gar von der Hochschule relegiert zu werden, gibt es keine ausreichenden Belege. In einzelnen Städten, darunter in Moskau, haben „Unsere“ enge Verbindungen zur Hooligan-Szene der Fußballfans.

Am 4. Dezember wollen mehr als 3.000 „Unsere“ bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma als „unabhängige Wahlbobachter“ nach den Worten von Jakemenko verhindern, dass „Liberale und Faschisten die Wahlen sprengen“. Mittelfristig wolle sich seine Organisation darauf vorbereiten, so Jakemenko, Versuche von aus dem Ausland unterstützten Oppositionellen zu verhindern, die kommenden Duma- und Präsidentenwahlen Ende 2007 und Anfang 2008 zu fälschen.

Weit weniger medienwirksam als „Unsere“ und öffentlich kaum noch wahrgenommen präsentierte sich in den vergangenen zwei Jahren die Jugendorganisation der Partei Einiges Russland. Die populäre Frontfrau, die ehemalige Nachrichtensprecherin Alexandra Bura-tajewa, verschwand nach ihrem Einzug in die Staatsduma Ende 2003 vom Bildschirm und verlor stark an Popularität. Mitte November wurde die Parteijugend einem umfassenden Relaunch unterzogen und in „Junge Garde des Einigen Russlands“ umbenannt. An die Spitze traten der Kinoregisseur Fjodor Bondartschuk und der bei Jugendlichen „kultige“ Fernsehmoderator und -produzent Iwan Demidow. Kurz vor seiner Ernennung zum Parteijugendboss hatte Präsident Putin Bondartschuk zum gemeinsamen Anschauen des Bondartschuk-Films „Die 9. Kompanie“ empfangen. Der Film zeigt den verzweifelten und für alle bis auf einen Soldaten tödlich endenden Kampf einer sowjetischen Fallschirmspringereinheit in Afghanistan, kurz vor dem Abzug der sowjetischen Truppen Ende der 80er Jahre. Passenderweise heißen die Parteioffiziere der „Jungen Garde“ „Kommandeure“. Die Bezeichnung geht auf einen sowjetischen Film aus den fünfziger Jahren über eine jugendliche Widerstandsgruppe im deutschen Besatzungsgebiet während des Zweiten Weltkriegs zurück, deren Mitglieder alle von den deutschen Besatzern hingerichtet wurden.

Liberale

Auch die Aktivierung liberaler Jugendorganisationen und die Entstehung gleich einer ganzen Reihe neuer Gruppen sind Folge der „Orangen Revolution“ in der Ukraine. Dahinter steht unter anderem die Hoffnung, dass jungen Menschen in Russland eine vergleichbar bedeutende, mobilisierende Rolle wie bei den Dauerdemonstrationen und dem Zeltlager auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew spielen können. Größeren Zulauf haben liberale Jugendgruppen vor allem in den Zentren Moskaus, St. Petersburgs und einigen anderen großen Regionalzentren. Ihre Mobilisierungsfähigkeit bleibt bisher beschränkt. Es folgt ein cursorischer Überblick:

„Weg ohne Putin“ (Iduschtschije bes Putina) entstand Anfang 2005 an St. Petersburger Universitäten als direkte Antwort auf den „Gemeinsamen Weg“ (Iduschtschije Wmestje). Filialen gibt es in Moskau und Kaliningrad. Die Hauptlosung der Organisation lautet: „Wir sind freie Menschen und wollen in einem freien Land leben.“ Schon im Mai 2005 spaltete sich die Moskauer Filiale ab und gründete eine eigene Organisation unter dem Namen „Wir“ (My). „Wir“ steht offen und ausdrücklich in der Tradition der „Orangen Revolution“ in der Ukraine.

Die Jugendorganisation der Partei Jabloko, „Junger Jabloko“, besteht bereits schon seit Parteigründung 1994 und hat nach eigenen Angaben Untergliederungen in 35 Regionen, die größten in Moskau, St. Petersburg und Samara. Seit der Niederlage von Jabloko bei den Parlamentswahlen im Dezember 2003 tritt der „Junge Jabloko“ als Organisator von Protestveranstaltungen der liberalen Opposition auf.

Im April 2005 schufen „Junger Jabloko“, „Weg ohne Putin“ und eine Reihe kleinerer Organisationen aus dem liberalen Lager den Zusammenschluss „Verteidigung“ (Oborona). Dahinter stand die Idee, den seit zwei Jahren diskutierten Zusammenschluss der liberalen Parteien zu forcieren. Mitte 2005 hatte „Verteidigung“ Filialen in Moskau, St. Petersburg, Murmansk, Barnaul, Woronesch, Perm, Nischnij Nowgorod unter einer Reihe weiterer Großstädte. „Verteidigung“ nimmt sich die serbische „Otpor“, die ukrainische „Pora“ und die georgische „Chmara“ zum Vorbild. Die größte öffentliche Aktion bisher war eine Unterstützungsdemonstration im Juni 2005 vor dem Moskauer Gericht, das Michail Chodorkowskij zu acht Jahren Lagerhaft verurteilte.

„Ich denke“ (Ja Dumaju, abgekürzt JaD, auf Deutsch „Gift“) ist eine ursprünglich an der Moskauer privaten Hochschule für Wirtschaft gegründete Studentenorganisation ohne Parteibindung, der sich inzwischen auch Studenten anderer Moskauer Hochschulen angeschlossen haben. „Ich denke“ hat angekündigt, den Wahlbeobachtern der Organisation „Unsere“ bei den Moskauer Stadtdumawahlen eigene „unabhängige“ Wahlbeobachter an die Seite zu stellen.

Vor allem in Südrussland und in der Wolgaregion ist seit 2004 eine sich „Grüne Alternative“ nennende Organisation mit Sitz in Woronesch aktiv, deren Ziel der Aufbau eines „grünen Milieus“ in Russland ist. Die Organisation besteht aus Aktivisten und Aktivistinnen ökologischer Initiativgruppen und Mitgliedern des Netzwerks „Bewegung Junger Menschenrechtler“.

Linksradikale

Linksradikale Gruppen mit meist jungen Mitgliedern gibt es in Russland nach dem Wegfall des Fraktionsverbots der KPdSU mindestens so viele, wie in der Bundesrepublik der späten 70er Jahre. Weder in den 90ern noch in den ersten Jahren der Präsidentschaft waren sie, von den untypischen Ausnahmen anarchistischer Organisationen und der National-Bolschewistischen Partei des Schriftstellers Eduard Limonow abgesehen, kaum öffentlich sichtbar. Das änderte sich mit den Protesten gegen die Mitte 2004 verabschiedeten und Anfang 2005 in Kraft getretenen Sozialreformen. Die ersten Initiatoren dieser Proteste waren weder die KPRF noch die Gewerkschaften, sondern kleine trotzkistische und anarchistische Gruppen in den Regionen. Nichtsdestotrotz hauchten die seit den 90er Jahren größten Sozialproteste dem gesamten linksradikalen Spektrum und vor allem den Jugendorganisationen neuen Atem ein.

Die „Linke Jugendfront“ ist ein 2004 entstandener Zusammenschluss linker Jugendorganisationen, darunter die „Union der Kommunistischen Jugend“ (SKM, Jugendorganisation der KPRF), die „Avantgarde der Roten Jugend“ (AKM, Jugendorganisation von „Arbeitendes Russland“, der Partei von Viktor Anpilow), der „Sozialistische Widerstand“ (Sozialistitscheskoje Soprotiwlenije) und die „Revolutionäre Kommunistische Jugendunion“ (Revoljuzionnyj Kommunistitscheskij Sojus Molodjoschi). Die Front organisierte eine Reihe von Demonstrationen, darunter gegen den „Krieg im Irak, in Tschetschenien und in Palästina“, für den kostenlosen Personennahverkehr, einen „antikapitalistischen Marsch“ und einen Hungerstreik gegen die Sozialreformen.

Bereits Anfang 2005 verschärfen sich die ideologischen Gegensätze. Während AKM in seinem Programm die „revolutionären Lehren Lenins-Stalins“ preist, sind Rhetorik und Politik von SKM, der im Parlament vertretenen Mutterpartei KPRF entsprechend gemäßigter. Der „Sozialistische Widerstand“ ist die größte trotzkistische Organisation Russlands. Er beteiligt sich aktiv an Antiglobalisierungsaktionen und ist Mitbegründer eines russischen Ablegers von Attac.

Eine der größten und öffentlich wirksamsten Gruppen der radikalen Linken ist die National-Bolschewistische Partei (NBP). Sie wurde bereits 1993 von Schriftsteller Eduard Limonow gegründet und bezieht sich auf eine russifizierte Version des frühen Nationalsozialismus der 20er Jahre. Zwar ist die NBP keine klassische Jugendorganisation, ein großer Teil ihrer Aktivisten besteht jedoch aus jungen Menschen um die zwanzig. Mitte Dezember 2004 drangen 39 NBP-Aktivisten in den Anmelderaum der Präsidentenadministration ein und forderten „demokratische Freiheiten und die Freilassung der politischen Gefangenen“. Sie drängten die dort beschäftigten Beamten ohne Gewaltanwendung aus dem Gebäude und verbarrikadierten sich. Nach einiger Zeit wurden sie von Sondereinheiten verhaftet. Bis heute befinden sich alle 39 BNPlern in Untersuchungshaft. Gegen sie wurde anfänglich wegen des Verdachts auf versuchten Staatsstreich ermittelt. Die Anklage wurde später in „Organisation von Massenunruhen“ umgewandelt. Bei Verurteilung drohen den jungen Menschen Lagerhaftstrafen von bis zu 15 Jahren. Diese und eine Reihe von Nachfolgeaktionen brachten den Nationalbolschewisten vor allem wegen des hohen persönlichen Risikos große Achtung in der politischen Opposition ein. Liberale Politiker und Menschenrechtler setzen sich für ihre Freilassung ein.

Rechtsextreme und Nationalisten

Aussagen über die innere Struktur rechtsextremistischer oder nationalistischer Gruppen zu machen ist schwierig. Zum einen gibt es nur wenige Jugendorganisationen in dem hier behandelten Sinn. Zum anderen sind die rechten Gruppen Außenstehenden gegenüber meist sehr verschlossen. Häufig übernehmen sie nationalsozialistische Symbole und Ästhetik. Der NS-Zusammenhang wird dabei in der Regel geleugnet. An das NS-Hakenkreuz erinnernde Runen ebenso wie schwarze Uniformen im Stil der SS werden auf russische und slawische Wurzeln zurückgeführt. Die seit den 90er Jahren öffentlich wichtigste Organisation, „Russische National Einheit“ (RNJe), hat ihre Bedeutung weitgehend verloren. Vor allem in Moskau und St. Petersburg versucht eine „Neue Nationale Partei“ ihren Platz zu übernehmen. Eine wichtige Mobilisierungsreserve für rechte Gruppen bilden in fast jeder größeren Stadt anzutreffende Skinheadgruppierungen aus dem Fußball-Hooliganmilieu.

In den vergangenen Jahren hat im rechtsextremen Milieu der so genannte Kampf gegen „illegale Migranten“ den traditionell konstitutiven Antisemitismus in den Hintergrund gedrängt. Es scheint sich hier aber eher um einen taktischen Schritt als um eine ideologische Umorientierung zu handeln. Die rechten Gruppen spüren im Windschatten der -zumindest verbal- zunehmend antiwestlichen Politik der russischen Staatsführung unter Putin eine Chance, kulturell und politisch in die Offensive gehen zu können. Am 4. und 27. November 2005 brachten Aufmärsche einer ebenfalls vorwiegend aus Jugendlichen bestehenden „Bewegung gegen illegale Immigration“ in Moskau jeweils bis zu 2.000 Anhänger unter Losungen wie „Russland den Russen“ und „Moskau gehört uns“ auf die Straße.

Schluss

Binnen eines Jahres sind Jugendorganisationen zu einem sichtbaren Teil der russischen Politik geworden. Noch ist es zu früh, um abschließend zu beurteilen, ob diese Politisierung junger Menschen nur kurzfristigen und konjunkturellen Charakter hat oder weiter anhält und sich vielleicht noch verstärken wird. Für beides gibt es gute Argumente. Man kann aber davon ausgehen, dass sowohl der Kreml als auch die Oppositionsparteien die Jugendorganisationen zumindest bis zu den kommenden Wahlen als Mittel im politischen Kampf zu nutzen versuchen werden.

6. Identitätssuche und Demonstrationsfreiheit

Russland sucht 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion – und damit auch nach dem endgültigen Niedergang des russischen Imperiums – nach sich selbst. Es ist eines der wichtigsten Projekte Putins, herauszufinden, „wer wir sind“. Identitätssuchen sind immer prekär, umso mehr, wenn es um kollektive Identitäten geht. So sehen mehr und mehr Menschen den richtigen Weg zu einer russischen nationalen Identität darin, alles auszuschließen, was als fremd und anders erfahren wird. Die in jüngster Zeit national und international immer parvenuehafter auftretende politische Elite hat an dieser Entwicklung einen großen Anteil. Die zunehmende Zahl von fremden- und ausländergefeindlichen Ausschreitungen in vielen russischen Städten und die Morde an Ausländern oder anders aussehenden, wie der neunjährigen Tochter einer Russin und eines Afrikaners in St. Petersburg, sind nur die Spitze des Eisbergs. Ein Teil der rechten Jugendszene wurde im Kapitel über Jugendorganisationen beschrieben. Doch derartige Stimmungen haben längst die Mitte der Gesellschaft erreicht. Wie in einem Brennglas wurde diese Problematik bei dem Versuch deutlich, Ende Mai in Moskau zunächst eine Gay-Pride-Parade, und nachdem diese nicht genehmigt worden war, eine Demonstration gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten zu organisieren. In Deutschland erhielt die Demonstration ein großes Medienecho, weil der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck auf der Kundgebung erst von rechten Demonstranten geschlagen und dann auch noch von der Miliz getreten und verhaftet wurde.

Was den Ende Mai in Moskau demonstrierenden Schwulen-Aktivistinnen widerfuhr, passierte leider nicht unerwartet. Auch Umwelt- oder Menschenrechtsaktivisten sind schon auf ähnliche Weise attackiert worden. Migranten und alle, denen das vermeintliche Anderssein schon äußerlich anzusehen ist, kommen, wie ausländische Studenten im Januar in Woronesch nach der Ermordung eines peruanischen Kommilitonen, heute nur noch aus purer Not darauf, es könne eine gute Idee sein, in Russland für seine Rechte auf die Straße zu gehen. Anders zu leben, anders zu denken und, noch schlimmer, anders auszusehen, sich anders zu bewegen und zu sprechen ist in Russland wieder gefährlich. Wer zudem noch, wie Schwule und Lesben, tiefsitzende Ängste und Phobien bei „echten Männern“ weckt, ruft besondere Aggressivität hervor.

Die Moskauer Stadtverwaltung hatte ihr Verbot der Gay-Pride-Parade damit begründet, Leib und Leben der Demonstranten gegen Angriffe ihrer erklärten Gegner nicht schützen zu können. Das ist zwar rechtlich unhaltbar, inhaltlich aber nicht ganz falsch. Seit Wochen hatten radikale orthodoxe Gläubige, Nationalisten und Neonazis auf ihren Websites dazu aufgerufen, die Parade gewaltsam zu verhindern. Aber auch distinguierten Damen und vor allem Herren

als dem rasenden Mob der Straße gefällt es nicht, das die „Sodomisten“, wie Homosexuelle in Russland gern abfällig genannt werden, ihren Neigungen nicht still und am besten heimlich und unsichtbar nachgehen - es reicht doch schon aus, hört man oft, wenn man aus Rücksicht auf „westliche Grillen“ wie die Menschenrechte „derartige Unzucht“ überhaupt dulden muss.

Dem Moskauer Bürgermeister muss es bei seinen regelmäßigen Treffen mit seinen offen homosexuellen Berliner und Pariser Kollegen mulmig zumute sein. Er unterstützte das Verbot und nannte eine Gay-Pride-Parade in Moskau „bei uns aus ethisch-moralischen Erwägungen unzulässig“ und forderte, Schwule sollten „ihre Abweichung auf dem Gebiet von Lebensorganisation und Sex nicht öffentlich zur Schau stellen.“ Diese Aussage hätte man, zwar mit Schwierigkeiten, aber doch immerhin noch als einen -wenn auch gequälten- Versuch von „political correctness“ einordnen können. Vertreter der wichtigsten russischen Religionsgemeinschaften äußerten sich unverblümt: Ein Sprecher des Moskauer Patriarchats der Russisch-Orthodoxen Kirche verglich die Gay-Pride-Parade mit einer Demonstration von Drogensüchtigen und Drogendealern. Der Leiter des kirchlichen Außenamtes Metropolit Kyrill entwickelte gleich eine ganz neue Theorie der Menschenrechte, in der Wert und Würde eines Menschen getrennt betrachtet werden. Alle Menschen seien gleichviel wert, so Kyrill, aber Würde hätten einige mehr als andere. Schwulen spricht der Metropolit die Würde ab. Einer der wichtigsten russischen Muftis machte es sich einfacher. Er rief alle gläubigen Muslime auf, Schwule, derer sie habhaft würden, gut durchzuprüfeln. Der Oberrabbiner bekundete sein „Mitleid“ mit den armen, vom rechten Weg abgekommenen Verirrten.

In der russischen Schwulencommunity wurde vor der Demonstration kontrovers diskutiert, ob öffentliche Aktionen angesichts der schnell zunehmenden Intoleranz in der russischen Gesellschaft sinnvoll, ja gar notwendig seien oder ob sie eher schaden und die feindselige Stimmung Schwulen gegenüber verstärken würden. Angriffe aggressiver Gläubiger auf einen Moskauer Schwulenklub Anfang Mai und die Sprengung einer Vorlesung in der staatlichen Allrussischen Bibliothek für Fremdsprachen im Rahmen des Moskauer Gay-Festivals vorige Woche zeigten, wie aktuell und wichtig diese Diskussion ist. Ein Teil der Schwulen und ihrer nicht sehr zahlreichen UnterstützerInnen entschied sich für den Gang in die Öffentlichkeit. Bewusst wurde aber keine bunte Gay-Pride-Parade nach New Yorker oder Berliner Vorbild mit viel nackter Haut und frivolen Kostümen angemeldet, sondern eine einfache Demonstration „zum Schutz der Rechte von Schwulen und Lesben“.

Dass die Demonstration trotzdem verboten wurde, war vorauszusehen. Das lag nicht allein und wohl nicht einmal in erster Linie daran, dass dort Schwule auf die Straße gehen wollten. Schon seit einigen Jahren wird das Demonstrationsrecht in Russland staatlicherseits systematisch ausgehöhlt. Obwohl es selbst nach dem vor zwei Jahren verschärften neuen Demonstrationsgesetz lediglich notwendig ist, die zuständigen Lokalbehörden über eine geplante Demonstration, eine Kundgebung oder eine Mahnwache fristgerecht zu informieren, werden nicht genehme Aufzüge oft unter meist fadenscheinigen Vorwänden untersagt. Moskau ist dank dieser klar rechtswidrigen Praxis praktisch schon zu einer oppositionsfreien Zone geworden. Das Zusammenspiel von Politik, Verwaltung und Gerichten funktio-

niert einwandfrei. Ein in seiner Lächerlichkeit schönes Beispiel ist das Verbot einer Kundgebung gegen den Bau der Ölpipeline aus Ostsibirien am Baikalsee entlang an den Pazifischen Ozean, die für Ende April von Ökogruppen im Moskauer Stadtzentrum geplant war. Auf den Hinweis der Ordnungsbehörden, die Kundgebung so nahe am Kreml werde unter keinen Umständen zugelassen, ließen sich die Initiatoren darauf ein, den Demonstrationort auf die Sperlingsberge zu verlegen. Doch der Ablehnungsbescheid erfolgte auch hier prompt: Der Hügel, auf dem das riesige Stalin-Gebäude der Moskauer Staatsuniversität steht, drohe, so die Begründung der zuständigen Präfektur, aufgrund des langanhaltenden Frühjahrsregens unter dem Gewicht der Demonstranten in die sich darunter Richtung Kreml windende Moskwa zu rutschen. Klagen gegen derartige Verwaltungsentscheidungen werden von den Gerichten eleganterweise meist erst nach dem Demonstrationstermin verhandelt oder, wie bei der Gay-Pride-Parade, vom Gericht abgewiesen.

7. Zurück auf der Weltbühne – neue russische Außenpolitik

Die anhaltende Öl-Hausse, eine vor allem deshalb stabil und mit hohen Raten wachsende Wirtschaft und die Probleme der USA (insbesondere im Zusammenhang mit der Situation im Irak) haben zu einem wiedererstarkten Selbstbewusstsein der russischen Staatsführung auf internationaler Ebene und einer Außenpolitik mit stark neoimperialen Tendenzen geführt. Die russische Außenpolitik gründet sich zunehmend auf der konsolidierten politischen und wirtschaftlichen Macht einer relativ kleinen Schicht konkurrierender Elitengruppen. Sie ist zudem in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt von einer Position der Schwäche in eine Position der Stärke übergegangen. Die mit der Erdölhausse stetig steigenden Einnahmen und der darauf gestützte wirtschaftliche Aufschwung bilden zwar die Grundlage dieses Wechsels, entscheidend sind aber psychologische Faktoren. Der Zerfall der Sowjetunion und die Jelzin-Jahre wurden von großen Teilen der Elite als Erniedrigung empfunden. Umso heftiger wird nun die neu oder wieder gewonnene Kraft in einer Mischung aus parvenuehafter Attitüde und langer imperialer Routine hervorgekehrt und genossen.

Eine zutiefst zynische Auffassung von Politik hat wieder Oberhand gewonnen. Insbesondere internationale Beziehungen werden fast ausschließlich als Spiel der Kräfte, also als harter Wettbewerb aufgefasst, in dem praktisch alles erlaubt ist. In dieser Art von Staatsdarwinismus tauchen immer wieder die Schlüsselbegriffe „Konkurrenz“, „Überleben“ und „Sieg“ auf. Kooperation oder gar Kompromisse werden eher als Ergebnis einer harten Auseinandersetzung aufgefasst, denn als Resultat von Interessensgleichheit oder eines Interessenausgleichs. Russland, davon ist die politische Elite überzeugt, kann als souveräner Staat nur als Großmacht überleben. Russland ist dieser archaischen Auffassung nach weitgehend ohne Freunde und muss sich neben den USA und China bewähren oder als souveräner Staat untergehen. Diese in den russischen Massenmedien immer wieder geäußerte Auffassung schlägt sich auch in der öffentlichen Meinung nieder. Ein großer Teil der russischen Gesellschaft ist, ein sowjetisches *Dejà vu*, davon überzeugt, dass das Land von Feinden umzingelt ist. Eine Schlüsselrolle nimmt in diesem „Kampf ums Überleben“ -eine Konzeption, die im Übrigen sowohl die alte sowjetische politische Elite als auch die neue, schon kapitalistisch geschulte Wirtschaftselite eint- heute die Energiepolitik ein. Putin hat dazu das Stichwort der „führenden Energiegroßmacht“ ausgegeben.

Diese neue Außenpolitik bedient sich eines Konzeptes von Souveränität unterschiedlicher Qualität. Wirklich souverän sind nach diesem Konzept nur Atomwaffenmächte; gefolgt werden diese von Staaten

mit einer Art „geborgter Souveränität“, die unter dem Schutz einer Atommacht leben; alle anderen Staaten sind nicht souverän. Hieraus entstehen unterschiedliche Vorstellungen über die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zum Westen. Die west-freundlichere Variante sieht Russland als Teil einer „christlichen Wertegemeinschaft“ mit ähnlich gelagerten Interessen. Diese imaginierte Gemeinschaft besteht aus drei integrierenden und untereinander kooperierenden Zentren: den USA (mit Kanada und eventuell noch Mexiko), der (aus russischer Sicht „westeuropäischen“) EU und einer Russischen Europäischen Union im Osten des Kontinents, die praktisch die ehemalige Sowjetunion ohne die baltischen Staaten (wieder-)vereint. Diese Gemeinschaft steht dem „nicht-christlichen“ Rest der Welt mit eine Reihe weiterer Zentren gegenüber. Die west-unfreundlichere Variante sieht künftig drei bis fünf hart miteinander konkurrierende Blöcke: Russland, die USA (mit der EU als Anhängsel), China, zu einem späteren Zeitpunkt auch Indien und schließlich auch eine süd-amerikanische Gemeinschaft unter der Führung Brasiliens. Rechtlich bindenden Systemen internationalen Ausgleichs kommt in dieser Gedankenwelt keine wirkliche Rolle zu. Sie werden, durchaus analog zur „gelenkten Demokratie“, lediglich als weichere Instrumente der Herrschaftsausübung durch die „wirklich“ souveränen Staaten oder Gemeinschaften interpretiert.

Dieses Modell hat Folgen für das Verhältnis zu den unmittelbaren Nachbarstaaten, die, bis auf die Ausnahme von China und der Mongolei im Osten, bis vor kurzem alle noch von Moskau aus regiert wurden. Die Souveränität dieser Staaten hängt aus Moskauer Sicht im Wesentlichen von ihrem Vermögen ab, sich machtpolitisch abzusichern. Das geht nach oben beschriebenen Denkmuster nur über eine von wirklich souveränen Staaten „geborgte“ Souveränität.

International nicht anerkannte Entitäten

Analog zu seiner wieder gewonnenen Stärke hat Russland seine Politik in den Konflikten in Abchasien, Süd-Ossetien und Transdnistrien aktiviert. Eine zumindest wichtige argumentative Rolle spielen hierbei die Unabhängigkeit Montenegros und die Diskussionen um den künftigen Status des Kosovo. Wenn Montenegro und Kosovo unabhängig sein können, warum dürfen das dann Abchasien, Süd-Ossetien und Transdnistrien nicht? Die ersten beiden suchen Unterschlupf bei Russland, um so ihre Loslösung von Georgien zu ermöglichen, zu der sie ohne einen „großen Bruder“ wohl nicht in der Lage wären. In Transdnistrien lebt eine zum großen Teil ethnisch russische Bevölkerung, die seit Anfang der 90er Jahre den Anschluss an Russland fordert. Die Frage, ob dann nicht auch die Tschetschenen ein Recht auf Unabhängigkeit hätten, wird meist kühl mit dem Hinweis darauf beantwortet, dass Russland eben entschieden und stark genug gewesen sei, das nicht zuzulassen, sondern militärisch zu unterdrücken. Moldawien und Georgien sei das nicht gelungen.

8.2. G8-Gipfel

Der G8-Gipfel in St. Petersburg sollte das außenpolitische Meisterstück Wladimir Putins werden: nach dem Willen des Kreml sollte Russland sich als Energiegroßmacht endgültig im Konzert der Wichtigen dieser Welt zurück melden und gleichzeitig durch eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Titel „Civil G8“ zeigen, dass die westliche Kritik an undemokratischen Strukturen des russischen

Staates weitgehend unberechtigt ist. Als Auftakt dieser Serie von Veranstaltungen fand schon Anfang Juli, zehn Tage vor dem eigentlichen Gipfel, ein Civil-G8-Forum in Moskau statt.¹⁶ Initiatoren waren die Vorsitzende des „Rates zur Mitwirkung an der Entwicklung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten beim Präsidenten der Russischen Föderation“, Ella Pamfilowa, als Vorsitzende des Organisationskomitees und eine Reihe von im Rat vertretenen NGOs. Präsident Putin stellte sich am 4. Juli den in Moskau versammelten NGO-VertreterInnen aus aller Welt. Am Forum nahmen nicht nur, wohl nicht einmal überwiegend „loyale“ NGOs teil und viele russische NGOs sahen darin trotz des vom Kreml intendierten Propagandaeffekts ein Mittel, NGO-Beteiligung an G8-Gipfeln künftig zu institutionalisieren und über diesen Umweg die eigene, nach Verabschiedung des NGO-Gesetzes zum Jahresanfang noch prekäre Position in Russland zu stärken. Außerdem organisierten russische NGOs gleichzeitig andere Foren, in denen die Politik des Kreml schärfer kritisiert wurde. Durch die Teilnahme am offiziellen Civil-G8-Forum versuchten die NGOs, dem Vorwurf aus dem Kreml zu entgehen, lediglich zu opponieren und nicht „konstruktiv“ an Problemlösungen mitzuarbeiten.

Teil der regimekritischen Veranstaltungen war unter anderem das Forum „Menschenrechte in Russland im Jahr des G8-Vorsitzes und des Vorsitzes im Europarat“, die direkt im Anschluss an das Civil-G8-Forum in Moskau von russischen Menschenrechts-NGOs organisiert wurde und ausdrücklich als kritische Ergänzung zum Civil-G8-Forum gedacht war.¹⁷ Zu den OrganisatorInnen gehören unter anderem Memorial, die Moskauer Helsinki Gruppe, die Soldatenmütter, die Stiftung zur Verteidigung von Glasnost und andere. Ziel war es, die „Krise im Bereich Menschenrechte in Russland“ deutlich zu machen und Empfehlungen für die G8 und den Europarat zu erarbeiten, was zu ihrer Überwindung getan werden kann. An der Konferenz nahm auch Thomas Hammarberg, neuer Menschenrechtskommissar des Europarats, teil.

Vom 9. bis zum 11. Juli organisierten Ökologiegruppen wie Ecodefense, GROSA und die Partei „Grünes Russland“ in St. Petersburg ein „Alternatives Energieforum“, das Empfehlungen für den G8-Gipfel in den Bereichen Energiesicherheit, Energiegerechtigkeit und erneuerbare Energiequellen erarbeitete. Das Forum wurde unter anderem von der Heinrich Böll Stiftung unterstützt. Die Veranstaltung stieß jedoch offenbar auf Missbilligung: So wurden Teilnehmer des Forums in St. Petersburg kurzfristig festgenommen, weil sie in der Innenstadt gegen die Atompolitik Russlands und die Mehrheit der G8-Staaten demonstriert hatten. Alle Versuche, eine Demonstration anzumelden waren am Einspruch der Behörden gescheitert. Ebenfalls in St. Petersburg fand parallel zum Gipfel das „Zweite Russische Sozialforum“ statt. Es wurde von russischen GlobalisierungsgegnerInnen organisiert. Schon vor dem Forum und auf Demonstrationen am Rande wurden zahlreiche Teilnehmer festgenommen, darunter auch zwei deutsche Studenten.

In Moskau organisierten der Allrussische Bürgerkongress und dessen Co-Vorsitzende Garri Kasparow, Georgij Satarow und Ludmila Alexejewa die Konferenz „The Other Russia“.¹⁸ Zu ihnen gesellte sich noch Andrej Illarionow, bis Anfang des Jahres Wirtschaftsberater von Präsident Putin. Die Konferenz war als Sammelpunkt für alle oppositionellen politischen Kräfte Russlands gemeint und sollte der Welt das „andere“ also nicht-putinsche Russland zeigen. Die RednerInnenliste umfasste dementsprechend nicht nur PolitikerInnen vom demokratischen Flügel der russischen Politikszene, sondern auch Kommunisten wie den stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden Iwan Melnikow, Nationalbolschewisten und den ehemaligen Rodina-Fraktionschef Sergej Glasjew. Außerdem nahmen Regierungsvertreter unter anderem aus den USA und Deutschland teil. SPS und Jabloko sagten allerdings ihre Teilnahme mit Hinweis auf die beteiligten Kommunisten und Nationalisten ab. Die Veranstalter beschuldigten sie daraufhin, dem Druck oder den Werbungen des Kreml erlegen zu sein, folglich nicht mehr zur Opposition zu gehören. Auch Memorial wandte sich in einer Erklärung gegen die Vereinnahmung in einen großen oppositionellen Block „aller Putingegner“.¹⁹

¹⁶ www.civilg8.ru

¹⁷ www.hro.org

¹⁸ www.theotherrussia.ru

¹⁹ Die Erklärung ist auf deutsch im Dossier „Demokratie in Russland“ der Heinrich Böll Stiftung unter www.demokratie-in-russland.de zu finden.